

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

142 (23.6.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl.
65 s; am Postschalter 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Der Parteitag in Freiburg.

(Schluß)

Es wird nun in der Tagesordnung weitergefahren. Zur Be-
rathung kommt

Bericht der Landtagsfraktion.

Berichterstatter Genosse Kolb-Karlsruhe führt aus: Die
letzten Landtagswahlen haben sowohl in politischer wie partei-
politischer Hinsicht einen befriedigten Ausgang genommen. Wir
verloren Stimmen und Mandate, während die Reaktion gestärkt
wurde. Hierdurch trat eine Veränderung der politischen Situa-
tion ein. Wenn wir uns mit deren Ursachen befassen, müssen
wir die politische Entwicklung der letzten Jahre betrachten. Die
Nationalliberalen standen nach den ersten Wahlen von 1905 vor
einem Zusammenbruch. Man stand vor einer Mehrheit des
Zentrums und die Nationalliberalen waren zum Großblock mit
uns gezwungen. Hierdurch gewannen wir erheblich an Man-
daten, was unsere Stellung im Parlament verstärkte.

Das Zentrum

erlegte daher seinen Schwerpunkt darauf, uns zu bekämpfen.
Die ersten Wahlen von 1909 brachten uns infolge der Finanz-
reform noch weitere Erfolge. Durch den Zufall, daß wir in dem
Augenblick Wahlen hatten, als das ganze Reich empört war
über die reaktionären Reichstagsbeschlüsse hatten wir ungeahnte
Erfolge. Tausende von Beamten votierten damals für uns in-
folge der Finanzreform. Dies brachte unsere Erfolge bei
den Wahlen. Dann kam hinzu, daß die Nationalliberalen so
etwas wie Kraft in sich fühlten und sich auf unsere Seite stellten
bei einer Reihe fortschrittlicher Anträge. Hiergegen setzten
dann die Hege des Zentrums ein. Um die fortschrittliche Ent-
wicklung aufzuhalten, setzte das Zentrum alle Hebel in Bewe-
gung. Das Zentrum weiß ganz genau, daß in demselben
Tempo, in dem die Sozialdemokratie wächst,
der Liberalismus sich an die Seite des Fortschritts stellen muß.
Das Zentrum weiß aber auch, daß, wenn die Sozialdemokratie
schwach und isoliert ist, der Liberalismus sich auf die Seite der
Reaktion stellt. Diese

Isolierung der Sozialdemokratie

ist jedoch das Ziel des Zentrums. Deshalb unterstützte Herr
Wader diesmal die Nationalliberalen im ersten Wahlgang.
Dann kalkulierte Herr Wader aber auch so, daß, wenn die So-
zialdemokratie im ersten Wahlgang Mandate verliert, die Stim-
men innerhalb der Sozialdemokratie gegen den Großblock sich
mehrten.

Die Niederlage ist jedoch nicht so

als sie von den Gegnern des Großblocks dargestellt wird. Dies
beweist der Vergleich der Stimmenzunahme gegenüber den
Wahlen von 1906. Während die Gegner in dieser Zeit nur
14.000 Stimmen zunahm, nahm die Sozialdemokratie 24.000
Stimmen zu. Dies ist das objektive Bild. Bei Beurteilung
dieser Sachlage muß man daran denken, daß es das Ziel des
Zentrums ist,

durch eine schwarz-blaue Mehrheit

im Reich und in den Bundesstaaten zu herrschen. Und da sagt
sich Herr Wader, wenn er den roten Lappen schwingt, kann er
den deutschen Wähler aufheizen. Wader hatte jedoch sein Ziel
nicht erreicht, wenn er meinte, eine schwarz-blaue Mehrheit
würde kommen. Das hat er jedoch erreicht, daß er die natio-
nalliberale Partei unterminierte und sie politisch einflußlos
machte.

Bei der Wahl des Präsidenten

mußte es allerdings das Zentrum erleben, daß sogar der Groß-
blockgegene Niederbühl für den sozialdemokratischen Vizepräsi-
denten stimmte. Wie sehr das Zentrum darauf spekulierte, den
ersten Präsidentenposten zu erhalten, geht daraus hervor, daß
Herr Fechter entgegen der Gewohnheit bei der Abstimung sich
selbst die Stimme gab. Es gab wieder das gleiche Präsidium
wie das letzte Mal. Wir müssen annehmen, daß das Zentrum das
nächste Mal noch mehr versuchen wird, die sozialdemokra-
tische Mandatszahl zu vermindern, einzig und allein, um den
Fortschritt in unserem Lande aufzuhalten. Einen sehr merk-
würdigen Ausgang nahm dann die

Budgetdebatte

Man hätte erwarten sollen, daß das Zentrum bei dieser Ge-
legenheit den Großblock in Grund und Boden verdammen würde.
Was kam dann jedoch? Das Zentrum sprach über alle mög-
lichen Kleinigkeiten, die großen Fragen jedoch ließ es links
liegen. Als ich dann versuchte, weite Gesichtspunkte aufzurol-
len, hielt auch dann noch das Zentrum und die Regierung zu-
rück. Beim Ministerium des Inneren versuchte ich
nochmals eine große politische Debatte zu entfachen, die Regie-
rung ging jedoch nicht weiter darauf ein. Vergebens suchte das
Zentrum den Kommissionsbericht über die Fabrikinspektion, den
Genosse Wätzig in glänzender Weise gab und den Bericht
über die Volksschule, den ich machte, zu erhalten. Die Debatte
über die Fabrikinspektion wurde dann von den Genossen Wätzig
und Wätzig in bester Weise geführt. Bei der Zusatzdebatte
wurde in eingehender Weise auf das Wachstum des Gelehrten-
proletariats hingewiesen. Dadurch, daß es den Anschein hat, als
ob mit der Zeit nur den Weichen die Justizkarriere ermöglicht
wird, ergibt sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Klassen-
unterschiede eine Vermehrung erfährt. Erreulich ist, daß wir in
der Landwirtschaftsdebatte kleine Landwirte in unserer Mitte
haben, die als Padmänner die landwirtschaftlichen Fragen be-
handeln können. Das Zentrum konnte daher keine Vorwürfe
erheben, daß wir Feinde der Landwirtschaft seien. Zur Frage
selbst sprach in ausgezeichnete Weise Genosse Geth. Alsdann
spielte in dieser Debatte die Hauptrolle die Frage der Freireli-
gösen und der Antrag Muser, der verlangte, daß Lehrer von
dem Religionsunterricht entbunden werden sollen, wenn Ge-
wissensbedenken vorliegen. Die freireligiösen Fragen gingen
von Freiburg aus. Die Regierung erklärte, daß die Freireli-

gösen keinen gesetzlichen Anspruch auf gesetzlichen Religions-
unterricht haben. Rein juristisch betrachtet geht der Erlaß des
Kultusministeriums in Ordnung. Man muß jedoch daran den-
ken, daß neben der christlichen Kirche die deutsch-katholische Ge-
meinde in Mannheim besteht, die ein Recht auf öffentliche Re-
ligionsunterrichterteilung besitzt. Wäre der Minister beim Erlaß
geblieben, so hätte sich dagegen nichts sagen lassen. Er ging
jedoch weiter und bedauerte den Dissidentenpara-
graphen, der auf der Verfassung beruht, in dem er
im Dissidentenparagrafen Schwierigkeiten für das Schulgesetz
schuf. Hiergegen machten wir entschiedene Front und betonten,
daß

Verfassung über Volksschulgesetz steht

Da enthielte nun Minister Wöhr sein reaktionäres Herz, aus
dem herborging, daß der Minister völlig in Merkmalen Gedanken-
gängen sich bewegt. Als nun die Nationalliberalen hierzu noch
den Mut verloren, da schloß dem Zentrum der Stamm und der
Zentrumsabgeordnete Ködel erklärte die Nationalliberalen für
bündnisfähig in Kulturfragen. Ursache zu dieser Erklärung
gab die Rede des Nationalliberalen Red, der nicht nur den
Antrag Muser bekämpfte, sondern auch für die Fortbildungs-
schule Unterricht in Apologetik und Kirchengeschichte verlangte.
Rebmann unterließ es in seiner Rede, sich zu der Erklärung
des Zentrums zu äußern, da betonte ich nun in meiner Rede,
und dies wirkte wie eine Bombe, daß der Großblock für
uns erledigt ist, wenn die Nationalliberalen in dem
Punkte versagen, der den Grund zum Großblock bildete. Dies
ist doch selbstverständlich, denn wir wollen doch schließlich keine
Zentrumspolitik mit Hilfe der Nationalliberalen. Damit ist
jedoch eine Kündigung des Großblocks nicht ausgesprochen.
(Zwischenrufe.) Man muß die Frage im Rahmen der Verhält-
nisse betrachten. Was ist mit meiner Erklärung gesagt? Es
ist mit meiner Erklärung eine Situation geschaffen worden,
daß wir nunmehr frei sind von allen Rücksich-
ten nach irgend einer Seite. Wir werden jetzt
rücksichtslos nach allen Seiten los schlagen und
wir sind frei von einer Hemmung. Beim nächsten
Wahlkampf, ich betone das, werden wir daher ohne Rücksicht
gegen alle anderen Parteien los schlagen. (Lebhafter Beifall.)
Was bei den Stichwahlen geschied, darüber brauchen wir uns
heute noch nicht den Kopf zerbrechen. Gegen die Regierung
werden, die uns die Gleichberechtigung abstreitet, gibt es nur ein-
zigen Kampf. Die Stellung der Regierung zu uns beleuch-
tete die Debatte über die Bezirksräte. Früher lehnte die Re-
gierung uns als Bezirksräte ab, weil wir antimonarchisch seien.
Jetzt hatte der Minister die Mühselt, uns den Gemeinfinn
abzusprechen, das war das Stärkste, was uns seit Jahren
geboten wurde. Genosse Dr. Frank gab darauf dem Minister
die entsprechende Antwort. Er erklärte, daß zwar von den Be-
zirksräten Gemeinfinn und Höflichkeit verlangt werden, diese
Anforderung jedoch nicht an die Minister gestellt werden. Er
stellte daher an die Minister keine besonders hohen Anforderun-
gen, eine sachliche Behandlung der Fragen könne er jedoch ver-
langen. Ein staatsmännlicher Minister würde es unterlassen,
eine große Partei so zu behandeln und ihr den Gemeinfinn ab-
zusprechen, schon aus Konsequenzen gegenüber dem Ausland.
Zu den Einzelfragen ist zu sagen, daß die Beamtenpetition auf
den nächsten Landtag verabschiedet wurde, um dann eine Gehalts-
regelung vorzunehmen. Wenn der Finanzminister die Eigen-
bahnpolitik so beherrichen würde, wie er sie nicht beherrscht, dann
hätte er sich in der ersten Kammer nicht für die vierte Bagen-
klasse ausgesprochen. Zu der Gehaltsfrage sind dem
Herrn Rebmann seine Reaktionskollegen in den Rücken gefallen.
Für die freie Jugendbewegung traten wir entschieden ein. In
der Arbeitslosenversicherung dürfen wir vermulen einen Fort-
schritt erzielen. Der Schuldenabzug läßt sich in Baden nicht
durchführen, wenn wir die Gemeindesteuern nicht beträchtlich er-
höhen wollen. Die Schwierigkeiten, die wir hatten, sind über-
wunden. Und nun frisch auf zum Kampfe, damit wir wieder
gut machen, was wir bei den letzten Wahlen verloren haben.
(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende Dr. Frank gibt vor Eintritt in die Dis-
kussion bekannt, daß die Lörracher Genossen ihren früheren An-
trag zurückgezogen, dafür aber einen neuen Antrag eingebracht
haben. Er lautet:

Der Gedanke eines Großblocks und dessen Propagierung
für den ersten Wahlgang ist grundsätzlich zu verwerfen; aus
den gleichen Gründen lehnt die Partei künftig jede Arbeits-
gemeinschaft mit irgend einer agnerischen Partei ab. Sollte
bei Stichwahlen aus rein wahltechnischen Gründen zur Ver-
änderung einer rechtstehenden Mehrheit ein Abkommen ge-
schlossen werden, so darf dies nur unter der Voraussetzung ge-
schehen, daß ganz bestimmte Garantien zur Wahrung der
Kulturinteressen des badischen Volkes gegeben werden.
Es wird nun in die

Diskussion über den Landtagsbericht.

eingetreten.

Kieslich-Lörrach ersucht, dem Genossen Maier-Lö-
rrach zur Begründung des Antrages das Wort zu geben.

Lehmann-Mannheim: Nach den Ausführungen des Ge-
nossen Kolb soll in unserer zukünftigen badischen Politik ein
Anschluß eintreten. Es ist erfreulich, daß die Fraktion gegen-
über den Liberalen eine schärfere Haltung eingenommen hat.
Es ist zu erwägen, welche Gründe es waren, die uns den gro-
ßen Stimmenverlust bei den Wahlen gebracht haben. Redner
führt den Verlust auf die bisherige Politik zurück. Es ist auch
nicht richtig, daß wir in allen Kreisen die Stimmen von 1905
gehalten haben. Daß unsere Politik als industrieller Wiefentall
schad ist, beweist am besten das industrielle Wiefentall.

Strobel-Mannheim: Lehmann hat den Versuch un-
ternommen, nachzuweisen, auf was unser Stimmenverlust bei
den Wahlen zurückzuführen ist und hat dafür unsere bisherige
Politik verantwortlich gemacht. Das ist aber nicht richtig. Wenn
vor den letzten Landtagswahlen angeregt wurde, gleich im ersten
Wahlgang einen Block abzuschließen, so war dies ein Verdrü-
nis, das den gegebenen Verhältnissen entsprach ist. Man
wollte damit eine Zweidrittelmehrheit für den Proporz bekom-
men. Eine Förderung unserer bisherigen Politik nützt am aller-

meisten der Reaktion. Wir müssen im Zukunft unsere Organi-
sationen stärken, dann werden wir auch bei Wahlen besser ab-
schneiden. Die Resolution Lörrach lehne ich ab.

Vorsitzender Dr. Frank: Es ist ein Antrag eingelaufen,
die Resolution Lörrach dem Landesvorstand als Material zu
überweisen.

Zumbel-Freiburg: Ich möchte mich auch in der
Hauptsache mit dem Großblock beschäftigen. Aber auch der Fra-
ktion möchte ich anlässlich der Kultusdebatte einige Worte wis-
men. Mit keinem Worte hat die Fraktion sich gegen die uner-
hörten Angriffe des Zentrumsabgeordneten Wätzig gewendet.
Die Art, wie Wätzig im Landtag Wirt herausgehoben hat,
kann ich keineswegs billigen. Den Großblock kann man nicht
für alles verantwortlich machen, er ist aber die Konsequenz der
geistigen Strömung in der Partei, die uns beweisen wollen,
unsere bisherige Taktik sei falsch gewesen. Ich halte es auch für
ganz verkehrt, daß man die Genossen immer gleich herunter-
reißt, die mit der Großblocktaktik nicht einverstanden sind. Red-
ner zitiert Ausführungen des Genossen Kolb im Landtag an-
lässlich der Kultusdebatte, in denen dieser sich mit dem Großblock
beschäftigt. Es ist richtig, daß die Abfrage an den Großblock im
Landtag draußen im Lande ein starkes Echo gefunden hat. Das
zeigt aber auch, daß man sich ernstlich mit der zukünftigen Tak-
tik beschäftigen muß.

Schwanninger-Mannheim: Wir müssen uns zunächst
fragen, was müssen wir in Zukunft tun. Zunächst muß jeder
persönliche Kampf aus unseren Reihen verschwinden. Es ist
richtig, daß die Finanzreform uns viele unzufriedene Wähler ge-
bracht hat. Es ist eine Tatsache, daß wir im Großblock mit dem
größten Scharfmacher zusammengehen und das darf man keines-
wegs außer acht lassen.

Sigmund-Karlsruhe beantragt Schluß der Debatte.
Krusse-Karlsruhe spricht gegen den Schlußantrag. Der
Antrag wird abgelehnt.

Riedmiller-Emmendingen spricht zu den Ausführun-
gen Kolbs, soweit sie den Landwirtschaftsetat beschäftigen. Es
wäre sehr gut, wenn die Fraktion mit den Bauern mehr in Früh-
lung treten würde. Die Verteilung der Zuschüsse an die Re-
bauer ist beispielsweise sehr ungerecht gehandhabt worden. Die
Summen sollten mehr nach sozialem Gesichtspunkte verteilt
werden, die uns die Staatsbeihilfe dient zur Anschaffung von Waren
und auch darüber sollte unsere Fraktion mehr wachen. Es ist
mir veridert worden, daß die Gemeinden auf politische Ge-
stimmung Rücksicht genommen hätten.

Pfeiffle-Mannheim: Die Großblockpolitik, ich will dies
binnen gesehen, hat mich von einem Paulus zum Saulus ge-
macht. Es hat den Anschein, als müßten wir letzten Endes die
ganze Sache bezahlen. Es muß auch gesagt werden, daß wir
organisatorisch nicht auf der Höhe waren. Das Zentrum hat seit
1909 eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet und dies hat ihm den
Erfolg bei den Landtagswahlen gebracht.

Dr. Frank: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte
eingelaufen.

Je hner-Mannheim ersucht, dem Antrag zuzustimmen.
Der Antrag wird nun angenommen. Außerhalb der Tagesord-
nung erhält Maier-Lörrach das Wort zur Begründung des
Antrages Lörrach. Der Antrag Lörrach hat böses Blut hervor-
gerufen, trotzdem der Antrag etwas ganz Selbstverständliches
verlangt. Kolb hat in seinem Referat in seinem Wort sich mit
der Lörracher Resolution beschäftigt. Damit hat er offenbar sein
Einverständnis erklärt. Wir wollen nur bezwecken, daß in Zu-
kunft bei Stichwahlkommen die bürgerlichen Kandidaten fest-
gelegt werden. Der Großblock hat uns bisher keine Vorteile ge-
bracht. Durch dieses Abkommen haben wir uns bei den Wahlen
gebunden und das hat uns im Kampf geschadet. Die Arbeits-
gemeinschaft mit den Liberalen hemmt uns. Wir sind dadurch
im Parlament wiederholt gebunden gewesen. Wir in Lörrach
müssen gegen den Liberalismus kämpfen und wir müssen da die
Wahrenehmung machen, daß es keinen gebärdigeren Gegner gibt,
als die Liberalen. Redner bittet, der Lörracher Resolution zu-
zustimmen.

Kieslich-Lörrach erklärt, Zumbel habe seine (Köschs) Aus-
führungen unrichtig zitiert.

Zumbel-Freiburg verwahrt sich gegen diese Behaup-
tung des Genossen Köschs.

Kolb-Karlsruhe weist in seinem Schlußwort darauf hin,
daß Genosse Wätzig in seinen markanten Worten gegenüber
der Rede des Hg. Wirt nur die formelle Seite der Rede ge-
meint hat. Weiter spricht Redner dann zur Frage des Propor-
tionalwahlrechts und die Stellung des Zentrums hierzu. Heute
will das Zentrum und die erste Kammer nur deshalb den Pro-
porz, weil das Zentrum davon eine Stärkung seiner Position
und eine Schwächung der Sozialdemokratie erhofft. Der Zeit-
punkt wird kommen, wo das Zentrum auch den Landesproporz
verlangen wird. Die Anträge Riedmiller und Lörrach bittet
der Redner abzulehnen. Eine Stellung zum Großblock im ersten
Wahlgang ist nicht nötig, er wird nicht in Frage kommen. Die
Annahme der Resolution Lörrach würde ein Todesurteil des
Parlamentarismus bedeuten. Die Frage des Großblock darf
nicht vom agitatorischen Standpunkt aus beurteilt werden, die
politischen Gesichtspunkte müssen bestimmend sein. Wir können
hier vom Gegner lernen. Auf die Stärkung der Organisation
muß unsere Hauptaufgabe gerichtet sein.

Es folgen nun die Abstimmungen.
Antrag 17 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag 18 Lörrach.
(Taktik betr.)

Kieslich-Lörrach protestiert gegen die Art der Abstim-
mung. Der Antrag Lörrach wird mit großer Mehrheit dem
Landesvorstand als Material überwiesen.
Der 2. Vorsitzende Engler-Freiburg erteilt sodann Gen.
Dr. Frank das Wort zum

internationalen Kongress.

Wir haben einen Delegierten zu entsenden. Wir schlagen Jünger
als Delegierten den Gen. Gahn-Mannheim vor. Der Vor-
schlag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung ist ein Vorschlag einge-
laufen dahingehend, den Landesvorstand per Affirmation zu
wählen.

Kruze-Karlsruhe schlägt vor, den Gen. Lehmann-
Mannheim mit in den Landesvorstand zu wählen.
Mater. Mannheim bittet, diesen Antrag zurückzustellen,
was auch geschieht.

Der bisherige Landesvorstand wird sodann mit großer
Mehrheit wiedergewählt.

Vors. Dr. Frank: Wir kommen zur Wahl des nächsten
Tagungsortes. Es sind hierzu verschiedene Anträge einge-
laufen. Hierzu bringen die Vertreter der verschiedenen Orte,
die den Tagungsort wünschen, ihre Begründungen vor. Es be-
teiligen sich an der Debatte Mater. Mannheim, Trinius-
Karlsruhe, Fritzsche-Offenburg, Gadenjos-St. Georgen,
Hellferrn-Bähringen und Engler-Freiburg. Mit Mehr-
heit wird schließlich Offenburg als Tagungsort des näch-
sten Parteitages gewählt.

Damit war die Tagesordnung des Parteitages erledigt. Der
Vors. Dr. Frank hält das Schlusssort: Wir sind am Schlusse
angelangt. Wir wünschen, daß unsere Beschlüsse der badischen
und deutschen Partei zugute kommen. Die Arbeit führt uns alle
zusammen. Deshalb bildet diese unsere oberste Aufgabe. In
diesem Sinne fordere ich Sie auf, einzustimmen in den Ruf,
die deutsche und die badische Sozialdemokratie: Sie leben hoch!
Die Delegierten stimmten lebhaft in das dreifache Hoch ein.
Damit hatte der Parteitag nachmittags 12 Uhr sein Ende
erreicht.

Die Rostfäucher von Ostpreußen

Ein vorhergehener Zwischenfall, die Erkrankung
des Hauptzeugen, Oberstleutnants Gaad, hat nach drei-
tägiger Verhandlung zur Vertagung des Pferdehandlungs-
prozesses geführt, in dem sich drei „Vorwärts“-Redakteure we-
gen angeblicher Beleidigung der Remontekommission zu
verantworten hatten. So kommt die Welt diesmal bis
auf weiteres um das gewohnte Schauspiel der Verurteilung
sozialdemokratischer Redakteure, die es gewagt hatten, im
Interesse der Allgemeinheit schwere Mißstände ans Licht
der Öffentlichkeit zu ziehen. Daß solche Mißstände beim
Ankauf von Pferden für die Militärverwaltung tatsächlich
bestehen und somohl für das Reich wie für die Produzenten
schwere Nachteile im Gefolge haben, ist schon durch den bis-
herigen Verlauf der Beweisnahme glatt bewiesen. Zwi-
schen die Züchter und die Militärverwaltung hat sich in
Gestalt der Firma Sandelowski u. Nachmann ein Zwischen-
handel übster Art eingebracht, der beweist, daß die Züch-
ter für ihre Pferde zu wenig bekommen, und daß die mili-
tärverwaltung für sie mehr bezahlen muß. Zu einer sol-
chen Firma, deren bedenkliche Methoden der Geschäftsfüh-
rung noch Schlimmeres ahnen lassen als behauptet worden
ist, durften die Herren der Remontekommission nicht in sol-
chen Beziehungen stehen, wie sie tatsächlich bestanden haben.

Die Firma Sandelowski und Nachmann, die über ihren
jährlichen Gewinn von einigen Hunderttausend Mark keine
ordentlichen Bücher führt, und deren Inhaber in entschei-
denden Momenten von einer peinlichen Gedächtnisschwäche
befallen werden, hat an die Remontekommission zu teuern
Preisen Pferde verkauft, die die Kommission zu billigen
Preisen direkt von den Züchtern nicht nehmen wollte, und
die dann die Züchter an die mächtige Großfirma verkaufen
mußten, um sie überhaupt los zu werden. Sie hat auf
diese Weise an einzelnen Pferden binnen wenigen Stun-
den mehrere Hundert Mark verdient. Zu dieser Firma hat
der pensionierte Oberstleutnant Gaad Beziehungen unter-
halten, deren Aufklärung durch seine Erkrankung ausge-
schoben wurde. Von seinem Nachfolger, Major v. Kung-
stedt steht fest, daß er 14 Pferde gekauft hatte, die er mit
einem Verdienst von rund 8000 Mark weiter verkaufte.
Der Major gibt selbst an, er habe in einzelnen Fällen der
Firma für die Pferde mehr gezahlt, als sie verlangt hatte,
200 bis 300 Mark pro Stück. Er hatte also das Gefühl,
daß man ihn durch Billigstellung der Preise „schmier-
te“ wollte, und forgierte darum die Preise selber nach oben.
Er hat infolgedessen an den Pferden, die er zur Zeit wei-
ter verkaufte, nur 519 Mark verdient und nicht 700-800
Mark, was ihm sehr gut möglich gewesen wäre, wenn er
die billigen Preise der Firma akzeptiert hätte.

Die Art des Major v. Kungstedt auf die Schmier-
suche der Firma zu reagieren, kann schwerlich als ganz rich-

tig bezeichnet werden. Herr v. Kungstedt hätte doch diese
Versuche als eine schwere Beleidigung empfinden und mit
dem Abbruch aller Beziehungen beantworten müssen, nicht
aber mit dem freundschaftlichen Angebot an die Firma,
mehr zu zahlen, als sie verlangt hatte. Wie will der Herr
Major, der trotz seiner Erfahrungen den privaten Pferde-
handel vierzehntal fortsetzt, jetzt beweisen, daß er nicht
doch immer noch sehr billig eingekauft habe?

Kurz und gut, was der „Vorwärts“ da aufgedeckt hat,
ist nichts weniger als schön, und die Redakteure konn-
ten sich schon auf eine gehörige Strafe gefaßt machen.
Einstweilen wurde aber noch nichts daraus. Der Straf-
antrag stellende Kriegsminister hat einstweilen nichts wei-
ter erreicht, als daß er den „Vorwärts“ in Ostpreußen, wo
man den Prozeß mit brennendem Eifer verfolgt, äußerst
populär gemacht hat. Selbst die Agrarier müssen jetzt ein-
sehen, daß sie dort, wo sie berechtigter Interessen gegen die
kapitalistische Uebermacht und den fiskalischen Schandrian
zu vertreten haben, auf niemand zählen können, als auf die
Sozialdemokratie und ihre Presse.

Braunschweiger Spargel- schlachten.

Daß die braunschweigische Polizei zu Fuß und zu
Pferd mit Heranziehung des Nachwächterkorps und der
Polizeihunde den Braunschweigischen Wahlrechtskämpfern
schon manche Schlacht geschlagen und von Säbel und Gum-
mirollen ausgiebig Gebrauch gemacht hat, ist eine be-
kannte Sache. Noch jetzt sucht die Staatsanwaltschaft nach
dem Führer der Demonstration vom 1. Februar, bei der
im Drange des Gefechts ein Nachwächter den Helm ver-
lor. Sogar das Kassendruck des sozialdemokratischen Ver-
eins ist kürzlich zur Ermittlung des Mordführers gericht-
lich eingezogen worden. Die Polizei hat jetzt ein anderes
Feld ihrer Tätigkeit gefunden.

Der Braunschweigische Luftschiffahrtsverein will einen
Luftschiffhafen bauen und hat dafür mit städtischen Geld-
mitteln, die ihm reichlich bewilligt wurden, eine über 50
Morgen große Feldfläche angekauft, auf der, wie überall
in Braunschweigs nächster Umgebung, Spargel gezogen
worden war. Diese Fläche wurde im vorigen Jahre um-
gerodet, um das Spargelfeld für die Zwecke des Luftschiff-
fahrens in eine erzezierplatzähnliche Wüstenei zu verwan-
deln. Aber die Spargeln sind nicht leicht wegzukriegen.
So strecken sie denn trotz der Rodung im vorigen Jahr dies-
es Jahr die Köpfe wieder lustig aus der Wüstenei, die
ihnen die Lebensluft verleidet sollte. Da nun in Braun-
schweig Spargel Geld ist, fanden sich frühmorgens zahl-
reiche Spargelstecher auf der Wüstenei ein, um den vom
Luftschiffahrtsverein aufgegebenen, also herrenlosen Spargel
zu ernten. Das erregte den Neid der besitzenden Klassen.
Ein Spargelstocher stellte in der „Braunschweigischen Lan-
deszeitung“ den wilden Spargelstocher als einen Unfug hin,
der leicht zu einem Sturze des Spargelpreises führen
könnte. Daraufhin ließ nun nicht etwa der Besitzer der Wüs-
tenei, der Luftschiffahrtsverein, den Spargel selbst stechen,
er verpöbelte auch nicht den Stuch, sondern er ließ das
Feld weiter wüsten liegen. Er hatte es ja angekauft, um für
die Luftschiffahrt eine künstliche Wüste zu schaffen. Der
Besitzer des Feldes kümmerte sich also auch fernerhin nicht
darum. Dafür erschien aber jetzt die Polizei auf dem
Platze. Zuerst erhielt jeder erwischte Spargelstecher ein
Strafmandat von 1,50 Mark. Da sich aber der Spargel
trotz dieser Steuer noch gut bezahlt machte, ließen sich die
Spargelstecher nicht abschrecken, weshalb das Strafmandat
auf 15 Mark erhöht wurde. Auch jetzt noch wurde lustig
weiter gestochen. Da erriethen die Polizei den Feldzug mit
bewaffneter Hand. Frühmorgens täglich erschienen Polizis-
ten zu Fuß, berittene Polizisten, uniformierte und bewaff-
nete Nachwächtertrupps mit den Polizeihunden und einige
Kriminalpolizisten auf dem Gelände der Luftschiffahrts-
gesellschaft und veranfaßten eine regelrechte Schiagd auf
die Spargelstecher, die sie wie das Wild einzukreisen und
aufzusammeln versuchten. Die Spargeln werden den
Spargelstechern abgenommen und an Ort und Stelle un-
ter den Hüfen der Pferde vernichtet. Es ist ein ganz an-

feindlicher Wert, der so von der Polizei zwecklos und nutz-
los aus der Welt geschafft wird. Sehr oft hat sie freilich
auch das Nachsehen, da die kundigsten Spargelstecher frü-
her auf den Weiden sind als die Polizei.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal treffend unsere
Staats- und Gesellschaftsordnung. Der Luftschiffahrts-
verein will die Spargeln gar nicht, sie kommen gegen sei-
nen Willen wild heraus. Da die hochschätzenden Spargel-
geln zu förmlichen Sträußern aufwachen, der Verein aber
doch eine glatte Fläche haben will, kann ihm der Stuch der
wilden Spargeln nur angenehm sein. Die Spargelstecher
schädigen also den Besitzer des Feldes durchaus nicht; sie
ernten nur eine Gottesgabe, die einmal ausnahmsweise
den Besitzlosen umsonst zuwächst. Und sofort stellt sich die
Polizei bewaffnet ein, verfolgt die Ernter der wildwach-
senden Gottesgabe wie die Wildbiebe, nimmt ihnen den
Spargel ab, vernichtet ihn und verschafft den Leuten, die
sich um ihre Ernte bemühen, noch gehörige Geldstrafen.
Und das alles, damit ja nicht der wildgeerntete Spargel
den Marktpreis für Spargel etwas herunterdrücken und
den Profit der großen Spargelzüchter etwas schmälern
könnte. Welch eifrige Diener hat doch das Kapital in der
Staatsgewalt!

Deutsche Politik.

Hungerlöhne und fette Ueberschüsse

Man rehet in Kreisen, die es nicht besser verstehen,
immer von den hohen Löhnen der Arbeiter und im Gegen-
satz dazu von der mickligen Lage der Industrie und des
Handwerks. Wie es in Wirklichkeit aussieht, verraten mit-
unter nur zu drastisch die Inseratenteile der großen Son-
delszeitungen. In der Sonntagsnummer der „Frankfur-
ter Zeitung“ wird einmal recht überzeugend gezeigt, wie
es um den großen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit
bestellt ist. Wir stellen die folgenden zwei Inserate neben-
einander:

Gabrilanwesen.

Enorm billige Arbeitskräfte (nach den
Erhebungen des Gewerbeamtes die billigsten des
Landes) sind mit dem Verkauf einer neuen Fabrik-
anlage verbunden.

Billige industrielle Anlagen
in Niederrhein, Rheinland, zu errichten. Zahl-
reiche billige Arbeitskräfte.

Gleich neben dieser Ankündigung von billigem Men-
schenfleisch, die das Herz jedes Kapitalisten höher
schlagen lassen wird, finden wir dann Dutzende von Inse-
raten, die nun die Gegenseite zeigen. Von den vielen nur
drei:

Jährliche Rente von neun Prozent
(Zinsen und Gewinnanteil) bringt stille Beteili-
gung bei einem alten, immer lohnend beschäftigten
mit hohen Gewinnen arbeitenden industri-
ellen Großbetrieb der chemischen Branche mit Sitz
in Frankfurt.

Enorm billige Arbeitskräfte der Tabakbranche
mit 40 Prozent Brutto-Verdienst wegen Familien-
verhältnisse zu verkaufen.

Aus privaten Grundstücken
verkaufe ich mein 36 Jahre bestehendes vergrö-
ßertes Unternehmen. Die Einnahme in
der letzten Jahre waren durchschnittlich 38 000 M.
Im Jahre 1914 schon 43 000 M. Verkaufspreis
550 000 M.

Diese Gegenüberstellung muß geradezu aufreuzend wir-
ken, wenn man noch dazu bedenkt, daß die hohen Gewinne
erzielt worden sind in Städten, von wo keine „enorm bil-
ligen Arbeitskräfte“ gemeldet werden, denn es sind Groß-
und Mittelfstädte. Wie hoch mögen wohl die Ueberschüsse
dort sein, wo, wie es so hoffnungsvoll heißt, „zahlreiche bil-
lige Arbeitskräfte“ vorhanden sind?

Wir meinen, daß diese kleine Zusammenstellung auf
einer beiläufigen Nummer geradezu auch den letzten in-
diferenten Arbeiter darüber aufklären müßte, wohin die
Fahrt gehen würde, wenn nicht die Gewerkschaften mit
mächtiger Kraft diesem Wucher mit Menschenfleisch eine
Grenze setzen würden?

Und noch eins. In der gleichen Frankfurter Zeitung
hat zwei Tage vorher ein Herr Professor Bräutigam, ein Härtlich-

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.
Von Anatole France.

(Nachfr. versch.) (Fortsetzung.)

So fragte Brotteaux, indem er auf seinen Partner
einen befriedigten Blick warf.

„Mein Herr“, erwiderte der Mönch, „nichts ist Klä-
glicher, als die Einwände, die Sie da machen. Prüfe ich
die Gründe des Unglaubens, so kommt es mir vor, als ob
Ameriken einen brausenden Bergstrom mit ein paar Gras-
halmen abdammen wollten. Gestatten Sie, daß ich mit
Ihnen nicht disputiere. Ich hätte zu viel Gründe und zu
wenig Geist. Zudem finden Sie Ihre Widerlegung in
dem Buche des Abbe Guenee und in zwanzig anderen.
Ich will nur das eine sagen, was Sie da von Epikur be-
richten, ist eine Dummheit, denn er beurteilt Gott, als ob
er ein Mensch wäre und menschliche Moral besäße. Wohl-
an, mein Herr, die Ungläubigen von Celsus bis auf
Bayle und Voltaire haben die Dummen mit solchen Para-
dozien irreführt.“

„Da sehen Sie, mein Vater“, sagte Brotteaux, „wozu
Ihr Glaube Sie hinreißt. Nicht zufrieden damit, daß Sie
in Ihrer Theologie alle Wahrheit sehen, lassen Sie auch
keine Wahrheit in den Werken so vieler Schöngelster gel-
ten, die anders dachten als Sie.“

„Sie irren durchaus, mein Herr“, antwortete der
Mönch. „Ich glaube im Gegenteil, das menschliche Den-
ken kann nie völlig verkehrt sein. Die Atheisten nehmen
die unterste Stufe der Erkenntnis ein; selbst auf dieser
Stufe bleibt ihnen ein Schimmer von Vernunft und ein
Witz der Wahrheit; und obwohl sie in Finsternis getaucht
sind, wohnt in ihrer Stirne doch Gottes Geist: es ist Ru-
zifers Schicksal.“

„Wahlan, mein Herr“, entgegnete Brotteaux, „ich bin
nicht so großmütig und gestehe Ihnen, daß ich in allen
Werken der Theologen nicht einen Hauch von gesundem
Menschenverstand sehe.“

Trotzdem verwahrte er sich dagegen, die Religion an-
zugreifen, da er sie als nützlich für das Volk ansah. Er
hätte nur gewünscht, daß ihre Diener Philosophen und
nicht Glaubensstreiter wären. Er beklagte es, daß die Ja-
kobiner sie durch eine jüngere und bössartigeren erlitten
wollten: die Religion der Freiheit und Gleichheit, der Re-
publik und des Vaterlandes. Er hatte bemerkt, daß die
Religionen in ihrer Jugendkraft wüthender und grausamer
sind, und daß sie mit zunehmendem Alter milder werden.
Daher wünschte er, daß man beim Katholizismus bliebe,
der in der Zeit seiner Kraft viele Opfer verschlungen hatte,
jetzt aber unter der Last der Jahre den Hunger verloren
hatte und sich mit vier bis fünf gebratenen Regern im
Jahrhundert begnügte.

„Uebrigens“, setzte er hinzu, „habe ich mich mit den
Hoffensessern und Christentumsverehrern stets gut
getragen. In Les Nettes hatte ich einen Kaplan, der jeden
Sonntag die Messe las: alle meine Gäste wohnten ihr bei.
Die Philosophen waren die Undächtigen und die Länzer-
innen die Inbrünstigen. Damals war ich glücklich und
hatte zahlreiche Freunde.“

„Freunde!“ rief der Vater von Longuemare aus,
„Freunde! ... Ah, mein Herr, glauben Sie etwa, die
liebsten Sie, alle diese Philosophen und Kurtsanen, die
Ihre Seele erniedrigt haben, so sehr, daß es Gott selbst
schwer fielen, in ihr den Tempel wiederzuerkennen, den er
sich zu seinem Ruhme erbaut hat?“

Der Vater von Longuemare wohnte nun schon acht
Tage unbeflügelt bei dem Böllner. So gut es anging, be-
folgte er seine Ordnungsregel und erhob sich von seinem
Strohsock, um auf den Steinfliesen niedersuknien und sein
Nachtgebet zu verrichten. Wiewohl beide nur elende
Speisereise zu verzehren hatten, beobachtete er Fasten und
Enthaltbarkeit. Als betrübter und zugleich lächelnder
Zeuge dieser Strenge fragte der Philosoph ihn eines Tags:

„Glauben Sie wirklich, daß es Gott Freude macht,
Sie so darben und frieren zu sehen?“

„Gott selbst“, erwiderte der Barnabä, „hat uns das
Vorbild des Leidens gegeben.“

Am neunten Tage, den der Mönch in der Dachstube des
Philosophen verbrachte, ging dieser eines Abends zum
Dämmerfunde aus, um seine Hampelmänner zu dem
Spielwarenhändler Joly zu bringen. Er verkaufte sie
alle und kehrte frohlich heim, als plötzlich auf dem früheren
Karussellplatz ein Mädchen in blaueisenem, hermelinver-
brämtem Pelz hintend auf ihn aufstürzte und sich in seine
Arme warf.

Sie hielt ihn nach Art aller Schutzliebenden umschlan-
gen und gitterte heftig. Er hörte das rasche Rachen ihres
Herzens. Als er sah, wie pathetisch sie sich bei ihrem ge-
wöhnlichen Aussehen benahm, dachte er als alter Theater-
liebhaber, daß Mademoiselle Raucourt von ihr hätte ler-
nen können.

Sie sprach keuchend und suchte ihre Stimme zu dämp-
fen, aus Furcht, von den Passanten gehört zu werden.
„Nehmen Sie mich mit, Bürger, verbergen Sie mich
aus Erbarmen! ... Sie sind in meinem Zimmer in der
Rue Fromenteau. Während sie heraufkam, rettete ich
mich zu Flora, meiner Nachbarin, und sprang durchs Fen-
ster auf die Straße, wobei ich mir den Fuß verstaucht habe
Sie kommen, sie wollen mich ins Gefängnis werfen und
mich umbringen ... Letzte Woche haben sie Virginie um-
gebracht.“

Brotteaux begriff, daß sie die Hächer vom Revo-
lutionsauschuß des Bezirks oder die Kommissare des allge-
meinen Sicherheitsauschusses meinte. Die Stadtverwal-
tung besaß damals einen tugendhaften Ankläger, den Bür-
ger Chaumette, der die Freudenmädchen als die verderb-
lichsten Feindinnen der Republik verfolgte. Er wollte die
Sitten bessern. Allerdings waren die Fräuleins vom
Palais-Egalite wenig patriotisch. Sie wünschten den alten
Zustand zurück und machten daraus nicht immer ein Ge-
hehl. Mehrere waren bereits als Verschwörerinnen guillotiniert
worden, und ihr tragisches Geschick hatte unter ihresglei-
chen große Macheiferung erregt.

(Fortsetzung folgt.)

ier und
die Löhne
würden,
sied sich
Gegenüber
einmal a
seiner na
schließen
friedlich
Praxis

Auch
Kriegstra
die beim
mokratisch
Er sieht
nicht an
mit der
Ueberleg
wenn als
Oberstaa
mein ebe
sonders
zu verze
verfahren
nach Lag
minister
der Lag
Stellung

Die
wohl na
feinbes
mokrater
nicht ge
Zunäh
gen die
politisch
(S 30 d
folgende
gen, me
bilden.“
„ergänz
glieder,
ihren G
Anordn
aus den
Das
das libe
tags. G
zu irgen
scheint
keine F
der etw
bemerk
Verfassi
und G
über de
eine A
Regieru
damit s
Wer
neuem
Reichst
das nat
litische
mentsch
fiert de

„Auf
Parlan
gegrief
möglich
Staats
und de
diesem
Herr
Parlan
ihm d
Ohren
überse
Quadr
nerpol
noch fi
der G
der Be
lanten
wieder
Samm
demok
Fortd
andere
erft z
Bieren

Schw
W
zer W
rung
gestieg
spruch
unheil
Mittl
leitete
sprüch

D
wir
Er h
die N
in d

ter und Beschützer der Gelben, nachzuweisen versucht, daß die Löhne der Arbeiter auch nicht einen Pfennig höher sein würden, wenn die Gewerkschaften nicht da wären. Vielleicht sieht sich der Herr nationalökonomische Galimatias diese Gegenüberstellung und den Handel mit billigen Arbeitern einmal an. Nicht um ihn zu belehren, denn das ist bei seiner nationalökonomischen Bedeutung so gut wie ausgeschlossen, aber um ihm zu zeigen, wie die „wirtschafts-friedliche Tendenz“ zwischen Kapital und Arbeit in der Praxis aussieht.

Die Trauben hängen wirklich zu hoch.

Auch der bekannte frühere Staatsanwalt und Geheime Kriegsrat Dr. jur. Rosen ist der Ansicht, daß sich gegen die beim Kaiserhoch im Reichstag sitzengeliebte sozialdemokratische Reichstagsfraktion nichts unternehmen lasse. Er sieht zwar, wie man es bei diesem Sozialistenhafter nicht anders erwarten kann, in dem Sündenbuche „eine mit der Absicht der Ehrverletzung böswillig und mit Ueberlegung begangene Beleidigung des Kaisers“; doch wenn als Ergebnis der Prüfung durch den zuständigen Oberstaatsanwalt beim Landgericht Berlin I, der allgemein ebenso sehr als hervorragender Jurist wie als besonders vorsichtig abwägender Staatsanwalt bekannt sei, zu verzeichnen ist, daß von der Einleitung eines Strafverfahrens Abstand genommen wurde, so wird man das nach Lage der Sache nur billigen und ebenfalls dem Justizminister darin nur zustimmen können, daß er sich nicht in der Lage sehe, den Oberstaatsanwalt zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen.

Die Blätter vom Schlage der „Post“ werden sich nun wohl nach diesen Ausführungen des ärgsten Sozialistenfeindes Rosen, der bekanntlich seinerzeit den Sozialdemokraten den Vorwurf machte, sie nähmen es mit dem Eid nicht genau, beruhigen können.

Zwischen schiedenen die Reaktionsäre andere Pläne gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Nach einer politischen Korrespondenz soll der Zimmritatsparagraf (§ 30 der Reichsverfassung) erweitert werden durch etwa folgenden Zusatz: „Ausgeschlossen hieron sind Kundgebungen, welche den Tatbestand der Beleidigung des Kaisers bilden.“ Auch die Geschäftsordnung des Reichstags soll „ergänzt“ werden und zwar in folgendem Sinne: „Mitglieder, welche der Aufforderung des Präsidenten, sich von ihren Sitzen zu erheben, nicht Folge leisten, können auf Anordnung des Präsidenten für die Dauer der Sitzung aus dem Saale entfernt werden.“

Das „Berliner Tageblatt“ hat noch den Glauben an das liberale Gewissen der Mehrheitsparteien des Reichstags. Es bemerkt zu diesem Vorschlage: „Daß die Aktion zu irgend welchen praktischen Ergebnissen führen sollte, erscheint uns ausgeschlossen. Der Reichstag ist schließlich keine Filiale des preussischen Dreiklassenhauses.“ Und zu der etwaigen Annahme des angeführten Zusatzes bemerkt das Blatt: „Das hieße also, eine der wichtigsten Verfassungsbestimmungen, die man wohl als den Grund- und Eckstein des Deutschen Reichstags bezeichnen darf, über den Haufen werfen. Denn dieser Zusatz könnte leicht eine Auslegung erfahren, die ungefahr jede Kritik der Regierung als Majestätsbeleidigung erscheinen lassen und damit strafbar machen würde.“

Wenn nur der Furor teutonius, der im Herbst von neuem heftig anbrechen wird, das liberale Gewissen der Reichstagsmehrheit nicht erdrückt! Der „Deutsche Kurier“, das nationalliberale Blatt druckt bereits die Notiz der politischen Korrespondenz als eine „Zuschrift aus Parlamentarischen Kreisen ohne jeden Kommentar ab. Das charakterisiert den Nationalliberalismus zur Genüge.

„Quadrupelallianz“ gegen die Sozialdemokratie.

Auf dem letzten Sanabundestag hat Herr Niefer den Parlamentarismus als Mittel gegen die Sozialdemokratie gepriesen. Er erklärte eine Politik der Sammlung für möglich, sobald eine paritätische Zusammenfassung der Staatsleitung aus Mitgliedern der Rechten, des Zentrums und der beiden liberalen Parteien erreicht sein würde. Mit diesem schönen Traum beschäftigt sich nun der altliberale Herr Hugo Böttger im „Tag“, und wenn er auch mit dem Parlamentarismus nichts rechtes anfangen kann, so klingt ihm doch das Wort Sammlung desto angenehmer in den Ohren. Um dieses Wort noch etwas klangvoller zu machen, überseht er es etwas umständlich in eine „innerpolitische Quadrupelallianz“, was ins Deutsche überetzt, heißt: innerpolitischer Verband gegen die Sozialdemokratie oder noch kürzer: Sammlung. Mit dieser Sammlung will aber der Erfinder der Quadrupelallianz nicht erst warten, bis der Parlamentarismus eingeführt ist, denn über den Parlamentarismus würden sich die bürgerlichen Parteien doch wieder in die Haare geraten, und dann wäre es mit der Sammlung wieder nichts. Also lieber gleich antizipal-demokratische Politik unter Verzicht auf jeden liberalen Fortschritt. Ist unter Mitwirkung des Herrn Böttger und anderer altliberaler Geburtshelfer die „Quadrupelallianz“ erst zustande gekommen, dann kann die Reaktion mit Vieren fahren.

Ausland.

Schweiz. Militarismus in der Schweiz. Die Belastung des Schweizer Volkes durch den Militarismus ist pro Kopf der Bevölkerung von 11,65 Fr. im Jahre 1909 auf 14,40 Fr. im Jahre 1913 gestiegen und im Gesamtbudget der Eidgenossenschaft beanspruchte der Militarismus 47,2 Prozent aller Ausgaben. Diese unheimliche Entwicklung datiert seit dem Jahre 1907, seit die Militaristen das Volk unter falschen Vorpiegelungen dazu verleiteten, der militärisch-autokratischen Entartung der ursprünglich demokratischen Miliz zuzustimmen.

Badische Politik.

Das Fazit.

Der Parteitag liegt hinter uns und wir können sagen, wir können mit dem Verlauf desselben zufrieden sein. Er hat den inneren Zusammenhalt der Partei gestiftet und die Richtlinien für unser Verhalten in der neuen Situation in der wir uns tatsächlich in Baden befinden, festgelegt.

Die beiden Referate der Genossen Franz und Kolb orientierten in vorzüglicher Weise in der Reichs- und in der badischen Politik.

Die angenommene Resolution in der Kaiserhochgeschichte, die erklärt, der Parteitag ist der Meinung, daß für die Reichstagsfraktion kein Anlaß vorgelegen habe, die bisherige Taktik zu ändern, soll zeigen, daß wir Süddeutsche etwas nüchtern über jene antimonarchische Demonstration denken. Nicht, daß wir weniger republikanisch gelaunt sind, wie unsere norddeutschen Gesinnungsgenossen. Wir stehen auf dem Boden des sozialistischen Programms und das strebt natürlich eine republikanisch-demokratische Staatsverfassung an. Jedermann weiß das und kein Mensch erwartet von uns begeisterte Parzelle vor den Potentaten dieser Erde, die in der bürgerlichen Ideenwelt eine so große Rolle spielen. Aber wenn wir oft Gelegenheit haben, die monarchischen Gefühlsevolutionen des Bürgertums zu belächeln, hegegen wir uns eigentlich nicht auf denselben Boden der Lächerlichkeit, wenn wir jetzt, wo die Entscheidung ob Monarchie oder Republik uns wirklich nicht auf den Nägeln brennt, diesen Evolutionen durch eine Gegendemonstration erst die Bedeutung verschaffen, die sie nach unserer Meinung ja gar nicht haben? Ganz abgesehen davon, daß die Reaktion aus dem Vorgang täglich Waffen gegen uns schmiedet, die uns die Agitation erschweren.

Wir begreifen die norddeutsche Psychologie, die den gegenteiligen Standpunkt auslöst. Je näher bei Rom — desto ungläubiger, und je näher bei Wilhelm — desto republikanischer. Deshalb war es gut, daß unser Parteitag, unbeeinflusst von der spezifisch norddeutschen Psychologie, seine Meinung kundgegeben hat.

Was die badische Landespolitik anbelangt, so hat Gen. Kolb in seinem Referat die Richtlinien trefflich markiert: Schärfster Kampf gegen die Regierung, die verfassungswidrig staatsbürgerliche Rechte von Sozialdemokraten nicht anerkennen will und draufhauen auf die gesamte bürgerliche Gegnerschaft im gleichen Verhältnis, wie diese auf uns haut. Diese Parole hat auf dem Parteitag ein freudiges Echo gefunden und in gewissem Sinne auch Erleichterung gebracht. Denn man mag allgemein-politisch die in den letzten Jahren etwas stark gedünzte Großblodflanze betrachten wie man will, parteipolitisch hat sie uns wenig genützt. Das Experiment mußte ja nach Lage der Verhältnisse gemacht werden. Aber sorgen wir dafür, daß wenn es wieder einmal gemacht werden soll, wir als stärkerer Kontrahent sagen können: Wir lassen uns nicht wieder das letzte Mal.

Auf dem diesjährigen Parteitag wehte jedenfalls ein fräftiger Wind. Möge derselbe unsere Organisationen und damit die Partei vorwärts treiben.

Integrale.

In der Mannheimer „Volkstimme“ veröffentlicht ein integraler katholischer Geistlicher einen Artikel, der mit großer Sachkenntnis die Indizierung Waders behandelt. Er rednet mit der Politik Waders scharf ab und beweist an Hand des Wortlautes des Zinder-Urteiles, daß die Verdammung der Waderschen Schrift keineswegs so harmlos ist, wie die Zentrumspresse es hinzustellen beliebt. Am Schlusse des Artikels heißt es nämlich:

Das furiale Unterjudenverfahren gegen den Geistlichen Rat Wader hielt eine Vernehmung und Rechtfertigung des vermessenen Angeklagten für unangebracht, sah von jeder freiwilligen Verbesserung seiner Schrift ab („ut expurgetur“), sondern verfügte durch die anglicanisch angelegene Indezionskongregation als erste Maßregel ihre Indizierung mit Rechtswirkung vom 1. Juni an: „Liber nefastus condemnatus in toto“ (Verderbliches Buch verdammt im ganzen Umfang). Die weiteren Strafen für seinen Autor: suspensio a divinis und excommunicatio maxima (Entziehung des Rechtes, als Priester zu fungieren und Exkommunizierung in scharfster Form) werden folgen, wenn ...

Das Wadersche Bibell bißte die Begründung für das neue Programm der konfessionslosen Zentrumspartei und ist als solche unter der katholischen Wählerchaft Deutschlands verbreitet worden. Jetzt behandelt das „Heilig Amt“ die Person seines Verfassers, des Geistlichen Rates Theodor Wader, der zeitweilig in der Theologie eine ärmliche Null gewesen ist, als politische Geißel für die ungeliebte, aber politische Geißel für die ungeliebte „Reichsausweisung“. D. h. jene seit dem 8. Februar 1914 reaktionäre und papstfreie Gesellschaft „innerlich unwohlfahrter Männer“ wird nach 4 Monaten 19 Tagen wieder römisch-katholisch und (nach dem Worte Ballestrens) „Leibgarbe“ Er. Heiligkeit des 288. Papstes: Giuseppe Sarto, Papst Pius X.

Es gibt also auch noch katholische Geistliche, die mit Herrn Wader keineswegs in allen Stücken einig gehen.

Die Ausstellung von Heimatscheinen und Staatsangehörigkeitsausweisen.

Das Justizministerium gibt solchen folgenden Erlaß den Justizbehörden zur Kenntnis: Nach einer Meinung des Ministeriums des Innern an die Bezirksämter ist die Ausstellung von Heimatscheinen und Staatsangehörigkeitsausweisen unter a) solchen Personen zu verweigern, die in Deutschland bestraft sind, sofern sie sich der Strafvollstreckung entziehen und die Strafe noch nicht verjährt ist, sowie Personen, die straflos verurteilt sind. Solchen Personen können jedoch Heimatscheine und Staatsangehörigkeitsausweise erteilt werden, wenn die Anklage- oder Strafvollstreckungsbehörde sich damit einverstanden erklärt hat. In den Grenzbezirken kommen öfters insbesondere Strafen auf Grund des § 361 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches in Betracht. Um nun der bestimmungswidrigen Ausstellung von Heimatscheinen und Staatsangehörigkeitsausweisen vorzubeugen, hat das Ministerium des Innern angeordnet, daß von dem zur Erteilung zuständigen Bezirksamt in allen nicht etwa schon durch die Einziehung in das Deutsche Jahrbuchblatt oder sonstige zur Verfügung stehende Jahrbuchblätter erklärten Fällen die zuständigen Strafverfolgungsbehörden um eine Mitteilung darüber zu ersuchen ist, ob der Antragsteller sich der Vollstreckung einer in Deutschland gegen ihn erkannten, noch nicht verjäherten Strafe entzieht und ob er — sei es behufs Strafverfolgung, sei es behufs Strafvollstreckung — strafrechtlich verfolgt wird.

Bezirkstag der Büroangestellten für Baden und die Pfalz.

Der Bezirk Baden und Pfalz des Zentralverbandes der Büroangestellten Deutschlands hielt am

Sonntag, 21. Juni, in Bruchsal seinen Bezirkstag ab. Vertreter waren die einzelnen Ortsgruppen des Bezirks durch 60 Delegierte. Außerdem war erschienen der Vorsitzende des Verbandes Badischer Krankenkassen, Herr Stadth. Wilh. Hofmann. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Bericht der Bezirksleitung, 2. Bericht der Ortsgruppen, 3. Anträge zum Verbandstag in München, 4. Wahl der Bezirksleitung, 5. Wahl des Ortes des nächsten Bezirkstages. Nach dem von dem Vorsitzenden Kollegen Lauer-Mannheim erstatteten Bericht war das Geschäftsjahr des Bezirks ein sehr arbeitsreiches. Besonders die Schaffung einer Dienstordnung für die Kassengestellten machte Konferenzen beim Ministerium und mit anderen Kontrahenten erforderlich. Der Bezirkstag war mit der Tätigkeit der Bezirksleitung einverstanden. Ebenso kannte der Vorsitzende der Bad. Krankenkassen Hofmann diese Tätigkeit ausdrücklich an. Der Bericht der Ortsgruppen brachte das erfreuliche Bild einer gesunden Weiterentwicklung, welche sowohl in einer recht ansehnlichen Steigerung der Mitgliederziffern, als auch im Verbandsleben allgemein zum Ausdruck kam. Die Schaffung der Dienstordnungen in den einzelnen Kassen brachte auch hier den meisten Aufwand an Arbeit. Trotz Mahnungen der zuständigen Verbandsstellen zeigen die bis jetzt erledigten Dienstordnungen ein recht verschiedenes Bild.

Der dritte Punkt: Anträge zum Verbandstag in München, brachte die Annahme verschiedener Anträge, welche sich teilweise mit der Erhöhung des Beitrags und einer entsprechenden Erhöhung der Unterstufungen bezog und andererseits der Anstellung besoldeter Bezirksleiter das Wort redete. Im Interesse einer intensiveren Agitation sollen größere finanzielle Mittel angefordert werden. Der zweitletzte Punkt, die Wahl der Bezirksleitung ergab die einstimmige Wahl des bisherigen Vorsitzenden, des Kollegen Lauer-Mannheim, welcher auch die Wahl annahm. Die weiteren Mitglieder der Bezirksleitung wählte der Vorort Mannheim hinzu. Mit der Arbeit der Mannheimer Kollegen war man einmütig einverstanden und anerkannte sie.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Freiburg bestimmt, nachdem Mannheim die Zusage erhalten hatte, den nächsten Bezirkstag in der Pfalz abzuhalten. Ein Antrag, nach Karlsruhe zu gehen, wurde einstimmig abgelehnt. Dem dortigen städtischen Verkehrsamt soll mitgeteilt werden, daß der Bezirkstag es ablehnt, der Einladung Folge zu leisten, weil die Stadtverwaltung Karlsruhe es anlässlich des vorjährigen Arbeiterfingertages ablehnte, die Arbeiterfänger als gleichberechtigte Gäste der Stadt Karlsruhe anzuerkennen. (Hoffentlich beschließen auch andere Gewerkschaftsorganisationen in demselben Sinn, um den Stadtvätern bezw. der Mehrheit des Karlsruher Stadtrats zu zeigen, daß Gewerkschaftssolidarität kein leerer Schall ist und daß mit solchen Maximen eine Stadtverwaltung ihren Bürgern und Geschäftsleuten keinen Gefallen erweist. D. W.)

Mit einem begeistert aufgenommenen Koch auf den Zentralverband der Büroangestellten wurde der Bezirkstag geschlossen. Der Nachmittag vereinigte die Delegierten noch für kurze Zeit, um die Sebenswürdigkeiten Bruchsal in Augenschein zu nehmen.

Soziale Rundschau.

* **Wahl, 21. Juni.** Am Samstag nachmittag erfolgte die Einweihung des 7. Heims der deutschen Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime, des Friedrich-Gilda-Heims. Anwesend waren das Großherzogspaar, der Minister des Innern Freiherr v. Bodman, Landeskommissar Geh. Rat Pfab, staatliche und städtische Behörden aus Wühl und Baden-Baden, eine große Anzahl führender Persönlichkeiten des deutschen Kaufmannstandes und der Industrie. Kommerzienrat Engelhard aus Mannheim hielt die Weihrede, in der er die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und seine soziale Gesetzgebung belaudete. Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Weiter sprach Minister des Innern auf den deutschen Kaufmannstand. Mit einer Besichtigung des Hauses schloß die Feier. Das neue Heim liegt mitten in den herrlichsten Buchen- und Tannenwäldern auf der Wühler Höhe und ist allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechend eingerichtet.

Kommunalpolitik.

* **Bürgerauswahl in Leutkirch.** Nächsten Donnerstag, 25. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet eine Bürgerauswahl mit folgender Tagesordnung statt: 1. Straßbahnerbindung Karlsruhe-Leutkirch, 2. Verfündung der Jahresrechnung 1913, 3. Verschiedenes. Wir fordern die unererzählten gewählten Vertreter auf, zur Vorbesprechung am Mittwoch, 24. ds. Mts., abends 9 Uhr, in der „Krone“ sich vollständig einzufinden. Die Bürgerauswahlen sind öffentlich und hat Jedermann Zutritt. Auch etwaige Beschwerden oder sonstige Anfragen, die auf dem Rathaus vorgebracht werden sollen, müssen unverzüglich an unsere Vertreter gerichtet werden, damit die betr. Punkte vorher noch besprochen werden können.

* **Bürgermeisterwahl in Obergrombach.** Bei der Bürgermeisterwahl wurde Gemeinderat R. Lindenfeller mit 102 Stimmen, der gerade zur Majorität erforderlichen Stimmengahl gewählt, während sein Gegenkandidat 100 Stimmen erhielt.

* **Gemeinderenchnungstag.** Am 27. und 28. Juni findet in Heberlingen die Landesversammlung badischer Gemeinderenchnung statt. Die Tagung wird infolgeder besondere Bedeutung erlangen durch die Besprechung des Entwurfs über Abänderung der Gemeinderenchnungs- und Voranschlagsanweisung.

* **Bürgerauswahl in Kehl.** Die Wählerlisten zur Bürgerauswahl in Kehl sind aufgestellt und liegen vom letzten Montag an während acht Tagen, für Kehl im Rathaus Zimmer 3, für Sundheim beim Stadthalteramt, während den üblichen Bürozeiten auf. Von Seiten des Bürgermeistertams wird jedem in der Liste eingetragenen Wähler mittelst Postkarte mitgeteilt, daß er in der Wählerliste eingetragen ist. Die Karten werden am Montag und Dienstag durch die Post zugestellt. Wer also bis längstens am Mittwochabend keine Karte erhalten hat und wahlberechtigt ist, der kann mit Bestimmtheit annehmen, daß er nicht in der Wählerliste steht. Er hat dann, wenn er seine Rechte wahren will, seine Beschwerde beim Bürgermeistertam vorzubringen. Dies muß aber innerhalb der Aufstellungsfrist geschehen, denn wenn sie auf die lange Bank geschoben wird und erst nach Ablauf der Einprobefrist geschieht, dann ist es zu spät und die Aufnahme darf nicht mehr erfolgen. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt nach den aufgestellten Listen 1645 und zwar 1303 in Kehl und 342 in Sundheim. 1911 betrug die Gesamtzahl der Wahlberechtigten 1414, somit ist eine Vermehrung der Wahlberechtigten von 181 eingetreten. Die Vermehrung fällt ganz auf Kehl, da sich die Zahl der Sundheimer Wähler seit 1911 nicht geändert hat. Im Bürgerauswahl waren seither 72 Bürgerauswahlmitglieder, da sich aber jetzt die Zahl der Wahlberechtigten über 1500 stellt, so wird sich die Zahl der Mitglieder um 12 vermehren und in Zukunft 84 betragen. Davon wird Kehl 76 (seither 66) und Sundheim 8 (seither 6) Stellen befehen.

* **Zur Bürgermeisterwahl in Schönau i.B.** In einer von Wählern aller Parteien besuchten Versammlung wurde Altbürgermeister Rudolf Vogel aus Goufen als Kandidat für den Bürgermeisterposten aufgestellt.

Badischer Landtag.

Eingangs der gestrigen Sitzung beantwortete die Regierung die kurze Anfrage des Genossen Stodinger nach Maßnahmen für die durch das Unwetter im Württemberg betroffenen dahin, daß die Notwendigkeit vorausgesetzt, die gleiche Entschädigung gewährt werde, wie dies bei ähnlichen Schlägen der Fall war, wofür Präsident Rohrhurst im Namen der Kammer die Zustimmung aussprach. Als dann wurde in die Beratung des Antrags Kolb und Gen. eingetreten, der Beseitigung des Klassenwahlrechts bei den Gemeindevahlen verlangt und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Proportionalwahlrechts bei den Gemeindevahlen beantragt. In entschiedener Weise wandte sich in der Begründung des sozialdemokratischen Antrags Genosse Kolb gegen das jetzige Klassenwahlrecht, das eine Entrechtung des Volkes mit sich bringt. Für die Nationalliberalen und für das Zentrum sind jedoch die Klasseninteressen der Besitzenden maßgebend, weshalb der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Volkspartei abgelehnt wurde. Konservativ, Zentrum und Nationalliberalen erwiesen sich wieder mal als stramme Schützer ungerechter Vorrechte der Besitzenden und die Arbeitervertreter des Zentrums schlossen sich begeistert diesem Chorus an.

Ähnlich gab die Frage der Schuldenabzüge dem nationalliberalen Abg. Dr. Koch Anlaß, sein hausbesitzerfreundliches Herz auszuschütten, während sich der konservative Abg. Banschbach in noch höherem Maße für den Schuldenabzug einsetzte, der viele Gemeinden an den Ruin bringen würde. Gegen diese ganz und gar nicht im Interesse des Volkes liegenden Anträge polemisierte mit schlagenden Argumenten Genosse Dr. Frank, um dann speziell für die Petition der Mietervereine einzutreten, die von Ideen getragen ist, die im wahren Interesse des Volkes liegen, was von den anderen Anträgen nicht gesagt werden kann. Die Anträge kommen heute zur Abstimmung.

95. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 22. Juni.
Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr.
Am Regierungstisch: Minister v. Bobman, Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissäre.
Eingänge: Ein Schreiben des Gr. Finanzministers mit dem Entwurf eines 4. Nachtrags zum Staatsveranschlag für 1914 und 1915. Ferner ging ein der endgültige Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1914 und 1915.

Von der Redaktion der „Neuen Wäldshuter Zeitung“ ging ein Schreiben ein mit einem Exemplar der Nummer 95 dieser Zeitung, in der der in einer früheren Nummer dem Präsidenten gemachte Vorwurf der Parteilichkeit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgezogen wird, nachdem die Redaktion sich aus dem amtlichen Kammerbericht von der Unrichtigkeit ihrer Annahme überzeugt hat.

Abg. Stodinger (Soz.) richtet an die Regierung seine bereits bekannte Anfrage bezüglich der

Unwettergeschäden im Württemberg

und fragt an, welche Maßnahmen die Regierung zu tun gedenke. Minister v. Bobman: Am 16. Juni fand im Württemberg das Unglück statt. Am 18. Juni nahm das Bezirksamt Forzheim hierüber in Verbindung mit den beteiligten Gemeinden Besprechungen vor, um die Schäden näher festzustellen und über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Der Schaden bestand hauptsächlich darin, daß viel Heu durch die angeschwollenen Wälder fortgeschwemmt wurde. Außerdem wurde das Vieh vielfach unbrauchbar gemacht. Auch Häuser und Acker wurden beschädigt. Äußer Domänegebiete litten auch Gebiete von Gemeinden; deren Schaden jedoch unerheblich ist. Der Gesamtschaden beträgt ca. 60000 M. nach oberflächlicher Schätzung. In einer Eingabe wird um eine gewisse Schadloshaltung der Betroffenen ersucht. Bei der Regierung kommt hierbei in Betracht, ob einzelne Betroffene in ihrer Existenz bedroht oder gefährdet sind; auch ob einzelne Gemeinden so schwer geschädigt sind, daß sie aus eigener Kraft die Schäden nicht wieder herstellen können. Soweit die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, dürfte die Möglichkeit gegeben sein, den Gemeinden Ersatz zu leisten. Nebenbei sind in diesen Tagen auch andere Gegenden unseres Landes durch Unwetter schwer geschädigt worden. Bei den Entschädigungen wird nach den Grundbesitz und Voraussetzungen verfahren werden, die bisher bei Staatsfällen geübt haben.

Finanzminister Dr. Rheinboldt ergänzt diese Ausführungen bezüglich der Domänen. Durch das Hochwasser der Wälder wurde das Vieh der Domäne getötet, das versiebert, aber noch nicht abgefahren war, verschwemmt und verendet. Heu und Wiesen haben Schaden erlitten. Soweit die Steigerer in Betracht kommen, wird ein entsprechender Nachschuß gewährt werden. In welchem Umfang, läßt sich heute noch nicht sagen. Wenn auch der Ertrag verpachteter Grundstücke benachteiligt sein sollte, so wird den Pächtern Nachschuß gewährt werden.

Präsident Rohrhurst dankt im Namen Aller für die Erklärungen und spricht die Zustimmung der Kammer zu allen Maßnahmen aus, die den betroffenen Gemeinden zugute kommen.

Abänderung des Gemeindevahlrechts.

Abg. Dr. Günner (F. Vp.) berichtet über den Antrag Kolb (Soz.) und Genossen, in dem die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes ersucht wird, durch welche die Städte und Gemeindeordnung dahin abgeändert wird, daß die Klassenwahl beseitigt und durch die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl unter Anwendung des Proporzses ersetzt wird. Die Regierung bittet, den Antrag abzulehnen. Für die Petition der Bürgervereine Heidelberg um Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zum Stadterordnetenverband beantragt die Kommission Kenntnisnahme. Den Antrag Kolb beantragt die Mehrheit der Kommission abzulehnen. Präsident Rohrhurst teilt mit, daß ein Antrag Stodinger (Soz.), Benedek (F. Vp.) und Gen. einging, die Petition Heidelberg, die die Verhältniswahl für den Stadterordnetenverband verlangt, empfehlend zu überweisen.

Abg. Kolb (Soz.):

Begründet den Antrag auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, „durch welcher die Städte- und Gemeindeordnung dahin abgeändert wird, daß die Klassenwahl beseitigt und durch die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl unter Anwendung des Proporzses ersetzt wird“.

Unser Antrag lag dem Hause schon mehrmals vor. Wenn wir ihn wieder einbrachten, so geschah es deshalb, weil das gegenwärtige Klassenwahlrecht für die Gemeinden veraltet und unrecht ist. Die Einführung der Einwohnerebene ist kein Grund, das Klassenwahlrecht beizubehalten. Die Zugewanderten bringen heute einen großen Teil der Gemeindesteuern auf. Wenn wir in der Frage der Einwohnerebene voranzugingen, so ist dies kein Grund, in anderen Dingen nachzugeben. Es

ist nicht stichhaltig, den Eingewanderten eine Bevorzugung zu gewähren. Auch die Hausbesitzer haben keinen Anspruch auf ein höheres Wahlrecht, denn die Umlagen der Hausbesitzer werden wieder

von den Mietern

gedeckt. Die Hausbesitzer wägen die Steuern auf die Mieter, die dann bei der Wahl entrichtet sind. Dies ist ein himmelführendes Unrecht.

Außerdem ist es ganz und gar nicht angebracht, über die sozialen Einrichtungen der Gemeinden die Leute verfügen zu lassen, die hieran wenig Interesse haben. Andererseits wird dem arbeitenden Volke, das mehr Gemeinwohl als andere Klassen besitzt, hierdurch ins Hintertreffen gesetzt und das Gemeinwohl hierdurch geschädigt. Dies beweist das Verhalten der Hausbesitzer in Karlsruhe bei der Straßenbahnfrage. Unsere Fraktion war es, die vor langen Jahren den Ankauf der Straßenbahn empfahl. Bis es dann schließlich geschah, war der Preis bedeutend verteuert. Und jetzt wieder waren die Hausbesitzer für eine gemischte Gesellschaft — einzig und allein aus Furcht einer Umlageerhöhung. Auch die Wohnungsfrage wird durch die jetzige Herrschaft der Hausbesitzer gewaltig geschädigt. Die Sozialdemokratie, die Klassenpartei, ist es, die das Gemeinwohl vertritt. Die Gründe gegen unsern Antrag sind daher nicht stichhaltig. Durch das jetzige Wahlrecht werden speziell

die unteren Schichten entrechtet.

Wir haben heute Verhältnisse, wo sozialdemokratische Mehrheiten bestehen und die mustergültig geleitet sind. Wer das wirkliche Gemeinwohl will, muß daher für unsern Antrag eintreten. Der Vorschlag der Bürgervereine Heidelberg, den Stadterordnetenverband durch den Proporz zu wählen, ist das Entschiedenste zu begrüßen und hätte eigentlich schon lange geschaffen werden sollen. In Karlsruhe haben wir einen freiwilligen Proporz. In Forzheim wollten die Gegner unsere Kandidaten ablehnen, weil ihnen die Personen nicht zusagten. Dies ist doch ganz und gar nicht angeht. Ebenso ist es nicht richtig, wie die bürgerlichen Parteien in Heidelberg die Bürgervereine behandelten. Wir verlangen daher empfehlende Ueberweisung dieser Petition. Der Bürgerausschuß ist heute ein viel zu schwerfälliger Apparat. Der Verwaltungsapparat leidet darunter und den Parteien fällt es schwer, die vielen Kandidaten aufzubringen. Eine Reform der Gemeindeordnung ist daher am Platze. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Bobman bittet, den Antrag der Kommission auf Ablehnung des Antrags Kolb anzunehmen und die Petition Heidelberg zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß wir heute nicht schon wieder eine grundlegende Änderung vornehmen können, nachdem dies erst 1910 geschah. Bei der Finanzdebatte kam zum Ausdruck, daß mit der Schaffung der Gezele Einhalt getan werden soll. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß das Gesetz richtig ist und seinen Zweck erfüllt. Die Abstufung des Wahlrechts nach den Leistungen für die Gemeindefinanzen ist berechtigt. Es ist in der Stadt berechtigt, daß derjenige, der mehr zahlt, ein größeres Wahlrecht in der Gemeinde hat. Noch mehr gilt dies für das Land. Die stultisierende Bevölkerung ist ein wertvoller Bestandteil unserer Stadterverwaltung. Wenn ich zugebe, daß die jetzige Verwaltung manchmal ein Hemmschuh ist, so will ich hierauf nicht weiter eingehen. Die Behauptungen über die Hausbesitzer sind nicht richtig. Die Hausbesitzer zahlen einen höheren Betrag in die Gemeindefinanzen und können nicht alle Umlagen abwägen. Es ist gut, daß wir ein fortschrittliches und ein hemmendes Element haben. Die Interessen der Arbeiterbevölkerung werden in unsern Stadterverwaltungen nicht vernachlässigt. Der plutokratische Teil des Wahlrechts ist durch die Sechstelung sehr gemildert. Die Regierung ist daher froh, daß die Kommission den Antrag Kolb ablehnt. Ebenso ist eine Änderung bezüglich der Wahl des Stadterordnetenverbandes nicht am Platze. Es mag vielleicht gut sein, wenn die Parteien sich einigen. Ein Zwang läßt sich jedoch nicht anwenden. Gelegentlich einer späteren Änderung des Gemeindevahlrechts kann man hier ja den Wunsch Heidelberg Rechnung tragen. Der Bürgerausschuß erscheint allerdings auch nur als ein schwerfälliger Apparat. Ich dachte bei der Schaffung der jetzigen Gemeindeordnung bereits daran, hatte jedoch Zweifel, ob er Annahme finden dürfte.

Abg. Meßmann (Natl.): Wir halten grundsätzlich an der Klassenwahl fest. Die Gemeindeverwaltung hat wirtschaftliche Fragen zu erledigen und hierbei muß die Leistungsfähigkeit des Einzelnen berücksichtigt werden. Wir sind also grundsätzlich für die Klassenwahl. Mit der letzten Veränderung ist die Frage für uns auf lange Zeit erledigt. Gegen die Aussagen Kolbs über das Verhalten der Hausbesitzer bei der Karlsruher Straßenbahnfrage muß ich mich klarstellen. Es handelte sich um eine Notlage, in der sich die Straßenbahn damals befand und die Betroffenen verdienen Anerkennung dafür, daß sie gegen eine Verbilligung stimmten, die aufgeschoben worden war. Wir wollen die Sozialdemokratie in unserer Stadterverwaltung nicht vernichten. Wegen Einzelheiten kann man jedoch das Gemeindevahlrecht nicht ändern. Das Klassenparlament hat daher volle Berechtigung. Wir stimmen daher gegen den Antrag Kolb. Der Heidelberger Antrag ist nichts Weltbewegendes. Wir sind jedoch nur für Kenntnisnahme. Man kann einem Stand keine Vorwürfe machen, wenn er die Lasten abgesehen hat.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) hält die Erfahrungen für ein neues Gesetz für nicht genügend. Ich teile die Auffassung der Regierung und der Nationalliberalen, daß derjenige, der mehr Gemeindefinanzen zahlt, auch ein größeres Wahlrecht haben muß. Das Vorrecht der Besitzenden ist daher berechtigt. Der Antrag Kolb ist daher abzulehnen. Eine Änderung bei der Wahl zum Stadterordnetenverband ist nicht dringend nötig.

Abg. Kolb (Soz.):

Ich habe nicht gesagt, daß die Stadterordnetenmitglieder auf ein Drittel reduziert werden sollen. Ich wollte sagen um ein Drittel. Selbstverständlich müßten bei dieser Frage auch die Stadterordnetenversammlungen gehört werden. Auch kann man sich in dieser Frage noch nicht festlegen. Herr Meßmann hat den Beweis nicht erbracht, daß die Hausbesitzer bei der Karlsruher Straßenbahnfrage richtig gehandelt haben. Durch diese Sache sollte der Einfluß der Stadterverwaltung auf die Straßenbahnen reduziert werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Städte wäre eine viel größere, wenn das Volk mehr Einfluß auf das Gemeinwohl hätte. Es muß daher verlangt werden, daß das elendeste aller Wahlsysteme beseitigt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es folgen die Abstimmungen.

Der Antrag Kolb und Genossen auf Beseitigung der Klassenwahl bei den Gemeindevahlen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt. Der Antrag Stodinger, die Heidelberg Petition empfehlend zu überweisen, wird mit 35 Stimmen gegen 20 Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt. Der Antrag auf Kenntnisnahme dieser Petition wird einstimmig angenommen. Anträge über Hypothekennot und steuerliche Belastung des städtischen Grundbesitzes.

Abg. Dr. Koch (Natl.) erstattet den Kommissionsbericht. Die Kommission stellt den Antrag, die Ziffer 1 des Antrags Koch (Natl.) auf Ermäßigung der den Liegenschaftsverleiher belastenden Steuern anzunehmen; ferner eine Resolution anzunehmen, worin die Regierung ersucht wird, bei der Berech-

nung des Entschädigungspreises von Grundstücken in der Zwangsversteigerung die Interessen der Hypothekengläubiger mäßig zu berücksichtigen und damit die Petition der Grund- und Hausbesitzer für erledigt zu erklären. Der 2. Teil des Antrags Koch auf steuerliche Erleichterung des städtischen Grund- und Hausbesitzes abzulehnen und die Petition der badischen Grund- und Hausbesitzervereine für erledigt zu erklären. Für den Antrag Banschbach (Natl.) auf Festhaltung des Schuldenabzugs bei der Gemeindebesteuerung ist Ablehnung beantragt. Den Antrag Dr. Günner (F. Vp.) Ziffer 1 bezügl. Bekämpfung der Hypothekennot wird Annahme empfohlen und die Regierung ersucht, die Genehmigung zur Beteiligung der Gemeinden an der Beseitigung des Notstandes nur unter der Bedingung zu erteilen, daß die Einführung der Amortisationshypothek möglichst gefördert wird. Für die Petition der badiischen Mietervereine Heidelberg, Mannheim etc., die Verdrängung der Kleinrenten und der Mieter bei Darlehen verlangen sowie Kauteile gegenüber den Hausbesitzern und für die Gegenpetition der Grund- und Hausbesitzervereine wird Kenntnisnahme beantragt.

Abg. Koch (Zentr.) zieht die Interpellation bezüglich kommunaler Hypothekendarlehen zurück.

Präsident Rohrhurst teilt mit, daß ein Antrag Dr. Frank (Soz.) und Genossen einging, die Petitionen der Mietervereine Heidelberg, Mannheim, Konstanz, Freiburg und Forzheim der Gr. Regierung empfehlend zu überweisen.

Abg. Dr. Günner (F. Vp.) begründet seinen Antrag, die Bekämpfung des Notstandes, 1. mit allen Mitteln die Maßnahmen zur Bekämpfung des Notstandes in der Beschaffung zweier Hypotheken und zu diesem Zweck insbesondere die Gründung oder Unterstufung kommunaler und genossenschaftlicher Hypothekenbanken zu fördern, 2. noch diesem Landtag einen Gesetzentwurf über den Wegfall der Verleihersteuer bei Zwangsversteigerungen vorzulegen, wenn der Erleiher des Grundstücks als Hypothekengläubiger ganz oder teilweise mit seiner Hypothek in Verleih geraten ist. Es ist erfindlich, daß die Kommission den Antrag annahm, den Liegenschaftsverleiher zu erleichtern. Der Antrag Banschbach auf Festhaltung des Schuldenabzugs bei den Gemeindefinanzen scheint mir unannehmbar. Die kleinen Gemeinden wären dann nicht mehr in der Lage, ihre Ausgaben zu decken und die Großindustrie hätte die Vorteile. Dem Antrag Kolb stimmen wir zu. Für den 2. Hypothekennot fehlt jegliche Organisation. Mein Antrag auf Beseitigung der herkömmlichen Zwangsversteigerung und Schaffung von kommunalen Hypothekenbanken ist daher berechtigt. Geseuf hat mich der Standpunkt der Regierung, bei Bänderung der Hypothekennot mitzuhelfen. Bei den Petitionen stimmen wir den Kommissionsanträgen zu.

Abg. Dr. Koch (Natl.) begründet seinen Antrag, der eine Vorlage wünscht, 1. dem Liegenschaftsverleiher Erleichterungen durch teilweise Befreiung oder Herabsetzung der diesen Verleiher belastenden Steuern bringt, 2. die Heranziehung der städt. Grund- und Hausbesitzer zu den Gemeindefinanzen mindert. Gleichzeitig wird die Regierung um Auskunft gebeten, welche Stellung sie zur Bekämpfung zweier Hypotheken durch die Gemeinden einnimmt. Die Empathie für die steuerliche Belastung der Grund- und Hausbesitzer geht zu weit. Die jetzigen Steuern wirken drückend auf die Hausbesitzer und wirken nachteilig für unser ganzes Volk. Die Wertungsverleiher ist unpopulär und hat einen schlechten Ruf. Bei Ziffer 2 meines Antrags stelle ich den Wändlungsantrag, die Heranziehung der städtischen Grund- und Hausbesitzer zu den Gemeindefinanzen in den Städten der Städteordnung zu mindern. Ich verlange die Erleichterung jetzt nur für die Städte der Städteordnung, um eine Annahme meines Antrages zu ermöglichen. Die Frage des Schuldenabzugs muß sich bei einiger Energie lösen lassen. Ich befreite die schlümmen Folgen des Schuldenabzugs. Den Antrag Banschbach lehne ich jedoch ab. Ich bitte um Annahme meines Antrages und der Kommissionsanträge.

Abg. Banschbach (Natl.) begründet seinen Antrag, in die Gemeinde- und Städteordnung eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher auch bei der Gemeindebesteuerung auf Ursachen des Steuerpflichtigen dessen nachgewiesene Kapitalschulden analog den Bestimmungen in § 7 des Vermögenssteuergesetzes bis zur Hälfte der Summe der veranlagten Vermögensgegenstände in Abzug zu bringen sind.

Finanzminister Dr. Rheinboldt stimmt mit der Kommission darin überein, daß sich die Hausbesitzer in einer mißlichen Lage befinden. Durch eine Ermäßigung der Verleihersteuer wurde jedoch die Lage der Hausbesitzer nicht gebessert. Der Rückgang der Einnahmen der Verleihersteuer ist begrifflich. Die Belastung der Liegenschaften in anderen Bundesstaaten ist teils gleich hoch wie bei uns, teils höher. Es ist auch nicht im Interesse der Volkswirtschaft, einen häufigen Liegenschaftswechsel zu fördern. Durch Ermäßigung der Verleihersteuer würde die Staatskasse auch unermäßig belastet werden. Eine Ermäßigung der Verleihersteuer ist nicht dringend notwendig; keineswegs jedoch ohne Ersatz. Gärten werden wir auf dem Verwaltungsweg beheben.

Minister v. Bobman weist darauf hin, daß man den Gemeinden eher neue Mittel zuschießen soll, als ihre bisherigen Einnahmen zu kürzen, da die Aufgaben der Gemeinden ständig wachsen. In der Gemeindebesteuerung halten wir noch nie einen Schuldenabzug. Es ist hier also keine Verschlechterung eingetreten. Die Argumentation über eine zu hohe Belastung der Hausbesitzer ist nicht zureichend. Bei Zulassung des Schuldenabzugs müßten andere Steuermittel geschaffen werden. Es käme dann eine schwere Belastung der Gewerbetreibenden zusammen und das Kapital würde fortgetrieben werden. Wir haben verschiedene Städte und Länder in Deutschland, wo Liegenschaften erheblich stärker herangezogen werden, als bei uns. Eine vorzugsweise Belastung der Einkommen verbietet sich aus Gründen der Gerechtigkeit. Wenn der Abg. Banschbach für den Schuldenabzug eintritt, handelt er nicht im Interesse der städtischen Gemeinden. Denn der Schuldenabzug wird viele ländliche Gemeinden schwer treffen. Daß der Hausbesitz sich in einer bebrängten Lage, besonders hinsichtlich zweier Hypotheken, befindet, ist uns bekannt. Wir sind daher schon seit langem in dieser Hinsicht für Besserung eingetreten. Die Stellung der Regierung ist die, daß sie mit staatlichen Mitteln nur für den Bau von Wohnungen ihrer eigenen Arbeiter und für gemeinnützige Baugesellschaften eintreten kann. Das übrige ist Aufgabe der Gemeinden und die Regierung kann nur helfend und fördernd eintreten. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß eine unmittelbare Verwendung von Gemeindefinanzen nur für Kleinwohnungen zugelassen werden darf. Zur Gewährung 2. Hypotheken ist die Kleinliche Hypothekendarlehen bereit. Das öffentliche Interesse ist nicht so groß, daß sich die Gemeinden einlassen dürfen, wenn es sich nicht um Kleinwohnungen handelt. Die Beschuldigung auf Kleinwohnungen hält die Regierung nicht aufrecht. Wenn die Hausbesitzer sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen und die Sicherheit übernehmen. Das Institut der Hypothekensicherung begründet die Regierung. In der Frage der Umwidmungdarlehen ist die Kleinliche Hypothekendarlehen voranzugingen. Doch ist in den Städten hierfür wenig Neigung vorhanden.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Der Antrag auf Ermäßigung der Verleihersteuer bei Zwangsversteigerungen hat nach den Erklärungen der Regierung nur theoretische Bedeutung. Wir haben uns gegen diese Anträge gewendet, da dies eine

Premie für Zwangsversteigerungen wäre und die Annahme dieses Antrages die Zunahme der

Zwangsverfeigerungen bewirken würde. Wir haben uns daher für die Resolution entschieden, die die Willkürgründe bei solchen Fällen in den Vordergrund stellt. Was den

Schuldenabzug

betrifft, so möchte ich gegenüber dem Abg. Koch betonen, daß dieser Antrag sich häufiger einstellt, als das Mädchen aus der Fremde, von dem bei unserm Gemeindevorstand gesprochen wurde. Im ersten Augenblick allerdings sieht der Schuldenabzug so aus, als ob er die Form der Gerechtigkeit trage. Wenn man die Schuldenabzugsfrage jedoch ernstlich studiert und ihre Konsequenzen beachtet, muß man zu einer Ablehnung kommen. Wenn man das Material hierüber beschaut, dann muß man, wie vor einigen Jahren die Bürgermeister, den Schuldenabzug ablehnen. Ich muß mich daher wundern, daß Abg. Bauschbach seinen Antrag aufrecht erhält, trotzdem die Konsequenzen dieses Antrages für viele Gemeinden von den bedenklichsten Wirkungen ist. Denn in der Kommission haben nicht nur die anderen Parteien sich gegen den Antrag gewendet, sondern sein eigenes Fraktionsmitglied hat sich der Stimme enthalten, weil ihm die Konsequenzen des Antrags zu gefährlich war. Trotzdem hält Herr Bauschbach seinen Antrag noch aufrecht, ohne neue Gründe beizubringen. Die Annahme des Antrags Bauschbach würde viele Gemeinden an den finanziellen Ruin bringen. Denn sehr viele Gemeinden können die notwendigen Umlagen nur durch die inbutriellen Unternehmungen an ihrem Plage aufbringen. Würde man jedoch den Schuldenabzug gestatten, so würden diese Unternehmungen hohe Hypotheken aufnehmen und die anderen Bewohner des Ortes, die Arbeiter usw., müßten die Umlagen aufbringen. Rest steht, daß nur auf städtischem Boden sich das Problem des Schuldenabzugs lösen läßt. Der Antrag Bauschbach würde direkt bauernfeindlich wirken. Bedauerlich muß ich, daß

von den Nationalliberalen

ein Antrag auf den Schuldenabzug in den Städten dahingehend gestellt wurde, daß die Heranziehung der städtischen Grund- und Hausbesitzer zu den Gemeindesteuern gemindert wird. Im Interesse der Bewohner unseres Landes muß ich diesen Antrag bedauern. Als vor einigen Jahren durch das plötzliche Emporkommen der Umlagen eine starke Erhöhung der Gemeindesteuern eintrat, wäre gegen eine mildere Handhabung nicht zu viel zu sagen gewesen. Heute ist jedoch ein solcher Antrag ganz und gar nicht am Platze. Die Mieter, die Beamten, die kleinen Leute würden durch den Schuldenabzug auf das schwerste getroffen werden. Es wäre das richtigste, wenn Sie (zu den Nationalliberalen) erklären würden, daß sie es ablehnen, einer keinen Schicht entgegenzukommen, da Rücksicht gegen große Bevölkerungsschichten richtiger ist. Von einer Selbsthilfe kann man nicht reden, wenn man sich an den Staat oder an die Gemeinde wendet und Mittel für die Hypotheken verlangt. Der

Petition der Mietervereine

wünschen wir eine bessere Behandlung als es in der Kommission geschah. Der Mieterverein hat ein Recht, wenn er verlangt, daß gewisse Forderungen aufgestellt werden, wenn die Gemeinde Darlehen für Hypotheken hergibt. Die Petition verlangt mit Recht, daß der Staat in einem solchen Falle Anteile verlangt, daß die Verwendung aus öffentlichen Mitteln gebunden wird an die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs. Wenn die Gemeinden den Hausbesitzern entgegenkommen, dann tut sie das aus sozialer Interesse. Es kann daher eine bestimmte Grenze für den Höchstmietpreis gesetzt werden. Diese Forderungen des Mietervereins sind daher gerechtfertigt. Wir beantragen deshalb die entsprechende Ueberweisung dieser Petition. Denn nur dann, wenn es dem Gemeinwohl dient, kann man es verantworten, wenn die Gemeinmiddeln in Anspruch genommen werden. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Hohmann teilt mit, daß folgender Antrag vorgelesen wird: Die Gr. Regierung wolle zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit erlassen werden, einen Wohnungsfonds zu schaffen und diesen durch Bereitstellung von jährlich mindestens 1 Million zu dotieren.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag halb 9 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnauftrag, Arbeitslosenversicherung, Petitionen. Schluß der Sitzung: 10 Uhr.

Neunter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

München, den 22. Juni 1914.

1. Verhandlungstag, vormittag.

In eine Zeit nicht nur reaktionären Drängens zu staalichen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und empörender Klassenjustiz, sondern auch sichtbar wachsender revolutionärer Energien im Proletariat, eines stark anschwellenden Verlangens nach Aktionen der Masse, fällt der 9. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Die Diskussionen über gewerkschaftliche Verfassungsrassen entspringen letzten Endes doch nur der Sehnsucht der Masse, aus der Passivität herauszutreten, sich nicht länger ohne Gegenwehr von den reaktionären Mächten mißhandeln zu lassen. Das kommt z. B. auch in dem von Metallarbeitern gestellten Antrag, die Frage des

Massenstreiks

als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, zum Ausdruck. Von besonderer Bedeutung sind die Vorträge, die gewerkschaftliche Kräfte weiter zu zentralisieren. Die General-Kommission, in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsvorständen, legt ein Regulatorium vor, das

gemeinsamen Aktionen

die Wege ebnen soll. Nach Lage der Sache werden die diesmaligen Verhandlungen härter denn je den Kampfcharakter der Gewerkschaften herausstellen. Das dankt man dem Wüten der Scharfmacher und Reaktionsäre. Im Lokale der Hindl-Brauerei eröffnete Legien den Kongress mit einer

Wegrüßungsansprache,

in der er darauf hinwies, daß sich unter den ausländischen Gästen ein Mitglied des englischen parlamentarischen Komitees, W. N. Davis, als Vertreter des englischen Gewerkschaftskongresses befindet. Außerdem sind noch 11 Gäste, ausländische Vertreter von Organisationen anwesend. Legien berührt die reaktionären Kräfte, man wünsche die angebotenen Ausnahmestellen nicht, man fürchte sie aber auch nicht. Notwendig sei kein perichärfter Arbeitswilligenquid, sondern ein Schuß gegen die Elemente, die kein Solidaritätsgefühl kennen. Kommt die Politische Erklärung, dann werden wir die Verhandlungsform ändern, auf die Erörterung sozialpolitischer Fragen werden wir kommen wir nicht verzichten. Mehr denn je ist die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung notwendig, ich hoffe, am Ende der Verhandlungen werden wir einig sein als je zuvor. (Weißfall.) Was den statistischen Angaben seien folgende hervorgehoben: Mit über 13 Millionen Mark waren die Aufwendungen für Arbeitslose im letzten Jahre fast doppelt so hoch als im Jahre 1911. Seit dem vorigen Kongress hat sich die Zahl der angebotenen Mitglieder von 2,3 Millionen auf 2,6 Millionen erhöht.

Limm-München begrüßte den Kongress im Namen des Lokalkomitees. Er gab ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihren Einrichtungen in München.

Als Vertreter anderer Korporationen sind u. a. Prof. Dr. Franke, Gesellschaft für soziale Reform, Oberl. Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Müller, Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Gegen die Militärmißhandlungen.

Zugen heraus!

Der Aufruf an all diejenigen, die Erfahrungen über die traurigen Zustände in den Kasernen gemacht haben, uns ihre Adressen angeben, hat Erfolg gehabt. Trotzdem liegt es im Interesse der Sache, das reiche Material noch zu vervollständigen. Es gibt sicher noch viele, die meinen, sie brauchen sich der geringen Mühe, bei uns zu melden, nicht mehr zu unterziehen, da uns genug Fälle bekannt seien. Aber es ist wünschenswert, eine möglichst vollständige Sammlung zur Verfügung zu haben. Deshalb ist es dringender erforderlich, daß alle diejenigen, die Militärmißhandlungen erlitten oder von solchen Kenntnis haben, sofort ihre Adresse uns zur Kenntnis bringen.

Es gilt den Kampf gegen den Militarismus bei jeder Gelegenheit im Parlament, und da es der Kriegsminister will, auch vor Gericht zu führen. Der Schlag, den die Reaktion gegen die Sozialdemokratie, die unerwüßliche Bekämpferin der Militärmißhandlungen, führen will, muß mit doppelter und dreifacher Wucht auf sie zurückfallen. Deshalb tut eure Pflicht und stellt uns eure Erfahrungen zur Verfügung! — Der Prozeß gegen die Genossen Luxemburg findet bereits am 29. Juni statt.

Als Vorsitzende der Verhandlungen fungieren: Legien, Leipzig und Schilde. Auf Vorschlag des Bureaus tagt die Konferenz ohne Pause von 9 bis 4 Uhr. Der Antrag, die Passivstreikfrage auf die Tagesordnung zu setzen, findet nicht die erforderliche Unterstützung von 20 Stimmen. An der vorgeschlagenen Tagesordnung wurde nichts geändert.

Es folgen die Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste. F. L. L. London auf der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Beziehungen der englischen zur deutschen Arbeiterbewegung im gegenseitigen Sinne gestalten werden. Den gleichen Wünschen gaa Die Vian-Antonia Ausdrück, desgleichen Quever-Vien.

Müller, Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, bespricht die Beziehungen zwischen der Konsumgenossenschaftsbewegung und der Gewerkschaften, sowie die gemeinsamen Einrichtungen. Wenn noch Meinungsflächen beständen, so erklärte sich das aus der Reichheit des Zusammenarbeitens. Das Bindglied sei das gemeinsame Interesse an sozialer Arbeit.

Anschließend erstattet Legien, Vorsitzender der Generalkommission, den

Rechenschaftsbericht.

Die Zahlen über Mitglieder- und Massenverhältnisse usw. sind durch Veröffentlichungen in der Presse bereits bekannt. — Der Polizeipräsident von Berlin begründet seine Politikserklärung der Generalkommission mit der Tatsache, daß sie das Korrespondenzblatt herausgibt, das politische Artikel veröffentlicht, daß die Generalkommission weiter mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Rufese erlasse, zur Frage der Gewerbeordnung gemeinsam mit der Partei Stellung nehme und zum internationalen Kongress Delegierte entsende. Das alles sei aber doch nicht Zweck der Generalkommission, sondern ergebe sich als Notwendigkeit aus den Verhältnissen. Genüge die Begründung des Polizeipräsidenten zur Politikserklärung, dann dürfte er die christlichen Gewerkschaften nicht verschonen. Dort ist die Gemeinschaft zwischen Partei und Gewerkschaft immer als zwischen uns und der Partei. Jwingt man uns, sozialdemokratische politische Vereine zu sein, gut; dann werden wir es sein! Das könnte den Gegnern nicht angenehm sein, wenn die ganze gewerkschaftliche Macht für das Interesse der sozialdemokratischen Partei eingesetzt würde. Wir können übrigens politisch sein bis zur Erschöpfung, wenn es sich nur nicht um die sozialdemokratische Partei handelt; Konterrativ und andere Parteipolitik dürfen wir gern treiben. Wir fürchten die angebotenen Maßnahmen nicht. Aufeinander läuft die Aktion nur darauf hinaus, uns die jugendlichen Mitglieder abzugeben, um die Gewerkschaften zu schwächen. Man kann uns die Arbeit erschweren, aber wie die Erfahrung lehrt, kann keine Gewaltmacht unsere Entwicklung verhindern. In der Frage der Grenzreitigkeiten wäre schon viel gewonnen, wenn die Auseinandersetzungen ruhiger und sachlicher geführt würden. Das Interesse der Gesamtarbeiterklasse muß immer das Entscheidende sein. Die industrielle Entwicklung bedingt neue Formen. Wir suchen uns anzupassen. Grundständig steht die Generalkommission auf dem Boden der Berufsorganisation. Die Anerkennung der Forderung, die Kosten der Bezirkssekretariate soll auf die Generalkommission zu übernehmen, bedinge eine Verbelastung in Höhe von 200 000 M. Was die Frage der Unterrichtskurse anlangt, so ist die Generalkommission der Ansicht, daß die Kurse eingespart werden können; wir wollen erst mal die Erfolge der bisherigen Arbeit auf diesem Gebiete abwarten. Unsere Statistik bedarf noch des Ausbaues. Ueber die Entwicklung der Mitgliederbewegung bestehen noch Irrtümer. Wünschenswert ist es z. B. den Einfluß der Rekrutenausbildung festzustellen. Sie erklärt durch die Mehreingehung junger Leute den angeblichen Mitgliedererfolg. Jetzt arbeiten wir in manchen Fragen mit dem Reichsstatistischen Amt zusammen; wenn wir politische Vereine werden, muß das wohl aufhören, sonst müßte der Polizeipräsident auch das Reichsamt für politische erklären. (Weißfall.)

Kube-Verein gibt Erklärungen zum Kassenericht. Besondere Ausgaben seien durch die Unterstützung sozialer Maßnahmen aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung entstanden. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Legien, vom Handlungsgehilfenverband, wendet sich gegen die Beteiligung an den Verhandlungen der Gesellschaft für soziale Reform. Das Verhalten der G. für soziale R. sei so rückständig geworden, daß sogar Vertreter bürgerlicher Angehörtenverbände dagegen opponierten. Bei Leuten, die sich für Gefängnisstrafen bei Streikbruch erwärmen, habe man nichts zu tun. Auch zeige die Erfahrung, daß freie Gewerkschaften besser vorwärts kommen, als fogen. neutrale Angehörtenverbände. Sie zu fördern, sei zwecklos. Die bürgerliche Gewerkschaftskommission nimmt in dieser Frage den richtigen Standpunkt ein, daß zu irgend welchem Liebeswerben kein Anlaß vorliegt.

R. F. F. - Gemmlich (Wuchsbinder) fordert systematische Propaganda für den Anschluß der Familienangehörigen der Gewerkschaftsmitglieder an die Verbände. (Bravo!)

Niedorf (Tabakarbeiter) unterstützt die Forderung. Es handle sich um die Förderung der Organisation, die viel mit Frauenarbeit zu tun habe. Die Mischständigkeit in solchen Vereinen, hemme auch den Fortschritt anderer Organisationen. Es müsse die Pflicht für Kartelle und Verbandsvorstände ausgesprochen werden, im geforderten Sinne zu wirken. (Weißfall.)

Stober-Hamburg (Bauarbeiter) begründet eine Resolution, in der eine intensivere Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern gefordert wird. Die Mischständigkeit, besonders der Italiener, bringe die Erfolge der Gewerkschaften in Gefahr, hindere sie in dem Weiterkommen. Durch bessere Berichterstattung über die Streiks im Auslande müsse verhindert werden, daß es hier zu ähnlichen Spielereien komme. Alle Organisationen sollen zusammenarbeiten, die Kartelle sollen die Agitation organisieren.

Faach vom Landarbeiterverband wendet sich gegen einen Artikel von Dr. A. Schulz in den Sozialistischen Monatsheften, in dem die Taktik und Haltung des Landarbeiterverbandes angegriffen wird. Es sei nicht richtig, daß der Landarbeiter-Verband sich in der Frage der Landarbeiter-Ansiedelung grundsätzlich festgelegt habe, daß er der Naturalisierung zustimme. In einer langen Erklärung werden weitere Behauptungen von Dr. Schulz als unwohl bezeichnet.

Frau Reimann-Berlin (Verband der Schneider) tritt wiederum für eine Verbesserung in der Organisation der weiblichen Arbeitskräfte ein.

Robert Schmidt (Generalkommission): Die Beteiligung an den Verhandlungen der Gesellschaft für soziale Reform könne keinen Schaden, wohl aber Vorteil bringen. In der Deimarbeitfrage habe die Gesellschaft genügt. Es sei zwecklos, in der Gesellschaft die Auffassung der Gewerkschaften zu vertreten. Das sollen wir überall tun, wo es nur möglich ist. (Weißfall.) Lange selbst hat sich so auch an bürgerlichen Veranstaltungen beteiligt; demnach hat seine Logik ein Loch. Der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform hat wiederholt die gelbe Bewegung bekämpft. (Bravo!)

Fräul. Hoppe-Berlin bemängelt, daß vielfach organisierte Arbeiter sich der Organisation ihrer weiblichen Familienangehörigen widersetzen. Es müsse bedacht werden, daß die gelegentliche Mitarbeit zu einer dauernden werde, das mache auch die Organisation der in Betracht kommenden Arbeitskräfte zu einer zwingenden Notwendigkeit. (Weißfall.)

Giebel (Bureaubeamten): Mit Lange bin ich der Ansicht, daß wir keine Mitgliedschaft mit Organisationen wie die Gesellschaft für soziale Reform pflegen sollen. Gegen ein gelegentliches Zusammenarbeiten sind wir nicht. Wenn auch die Auffassung der Mitglieder in der Gesellschaft nicht gefährdet ist, so kommt es doch darauf an, welche Meinung bei unseren Mitgliedschaften erweckt wird. Von diesem Standpunkt aus ist die Frage zu beurteilen. Wir wollen nicht den Massenkampfstandpunkt der Gewerkschaften verweisen lassen. (Weißfall.)

Fräul. P. P. (Bauarbeiterverband): Ich bin für die Organisation der weiblichen Arbeitskräfte; aber die vorliegenden Anträge halte ich für zu weitgehend. Ihre Konsequenz wäre der Ausschluß solcher Mitglieder, die ihnen nicht nachkommen. Man sollte sich damit begnügen, der Generalkommission den Auftrag zu erteilen, alles Mögliche für die Organisation aller Arbeiter zu tun. Notwendig ist, der Organisation der Fremdsprachigen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Falsche Nachrichten aus dem Auslande schädigen uns, meistens sind es nur große Worte, was man hört. — Die Mitgliedschaft zur Gesellschaft für soziale Reform ist kein Liebesband. Mit der Betonung des Massenkampfes kommen wir nicht vorwärts; wir müssen neue Stichpunkte suchen. Das ist Aufgabe der Generalkommission. Wir haben darin wohl zu wenig getan.

Wissel (Zentralarbeitssekretariat): Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns bisher zu sehr von wohlmeinenden bürgerlichen Gesellschaften fern gehalten. Wenn ein gelegentliches Mitreden nicht schadet, dann doch eine Mitgliedschaft auch nicht. Ich bin im Auftrage der Berliner Gewerkschaftskommission Mitglied der Zentrale für Jugendpflege, die schon Gutes geleistet hat ohne die Gesehggebung. Es kann kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts in der Mitarbeit an sozialen bürgerlichen Gesellschaften geben. (Weißfall.)

Imbreit: Wir geben nichts von unseren Grundsätzen auf, wenn wir uns an sozialen Gesellschaften beteiligen. Die Beteiligung soll helfen, die Widerstände der Scharfmacher zu überwinden. Die Arbeit der Parlamente bringt uns allein nicht vorwärts. Wir sollen nicht ausschließen, sondern unsere Forderungen formulieren, damit sie zur Geltung kommen. Wir wirken schon lange Zeit bei einer ganzen Reihe sozialer Gesellschaften mit. Wenn wir Rechte verlangen, müssen wir auch Pflichten übernehmen. Schäden haben wir nicht zu befürchten. (Weißfall.)

Staudinger (Eisenarbeiter) schlägt sich den Korrekturen an. Wenn Sozialdemokraten mit Bürgerlichen zusammen in Bern demonstrieren, ohne eine Loslösung zu begehren, dann darf man auch die Mitgliedschaft zur Gesellschaft für soziale Reform billigen. (Weißfall.)

Im Schlußwort betont

Legien: Die Erklärung des Landarbeiterverbandes gegen Dr. Schulz nimmt der Kongress zur Kenntnis. Die Sozialistischen Monatshefte sind kein Verbandsorgan. Lange geht von falschen Voraussetzungen aus, es ist keine Organisation der Gesellschaft angehängt, sondern nur Einzelpersonen gehören ihr an. Für den Anschluß der Verbände sehe ich auch keine Möglichkeit. Vom Redakteur der Sozialen Praxis ist die Erklärung eingegangen, daß ein Artikel, der sich gegen die in diesem Organ vertretene Auffassung in der Frage der Konkurrenzkaufel wendet, nicht eingegangen sei. Den Antrag, überall Bezirkssekretariate auf Kosten der Generalkommission zu errichten, bitte er vorläufig wenigstens noch abzulehnen. Wenn die Kartelle pro Mitglied 20 M. dafür aufbringen wollen, wird die Generalkommission die übrigen Kosten übernehmen. Es kann nur von Vorteil sein, wenn die Anträge betreffend Organisation der Familienangehörigen Zustimmung finden. Der Organisation der Fremdsprachigen hat die G. K. seit einem Jahrzehnt alles Mögliche getan. Die Bankbeamten haben von uns keine Unterstützung gefordert. Wir halten es aber für dienlich im Allgemeininteresse, solche Organisationen zu fördern, die Berufsgruppen umfassen, an die wir vorläufig noch nicht herantrumpfen und die sich der Generalkommission aus verschiedenen Gründen nicht anschließen können. (Weißfall.)

Lange erklärt, es komme darauf an, daß die „Soziale Praxis“ die Ansicht der reaktionären Minderheit gefördert habe. Bei der Abstimmung findet der Antrag betreffend Kostenbedeutung der Bezirkssekretariate durch die Generalkommission keine Mehrheit. Angenommen werden die Anträge, die die Förderung der Organisation der Familienangehörigen betreffen, desgleichen der gleichgerichtete Antrag, soweit Fremdsprachige in Betracht kommen.

Damit waren die Verhandlungen des ersten Tages erledigt.

Gewerkschaftliches.

* Beigeladeter Ausstand. Aus Neuhof wird gemeldet: Der Ausstand in dem Bergwerk des Rana-Karner in Westvirginien, an dem 50 000 Arbeiter beteiligt waren, ist gestern abend durch Schiedsrichterpruud beigelegt worden.

Aus dem Lande.

Durlach.

„Die politische Lage“ lautet das Thema, über welches...

Die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer beim...

Ein schweres Gewitter zog Sonntag nachmittag über...

Das Waldfest des Arbeitervereins „Freiheit“ hatte...

Die Bürgerabstimmung, die im Laufe der letzten Woche...

Ein „Anspruchloser“ Einbrecher staltete in der Nacht...

x. Anielingen, 20. Juni. Letzen Donnerstag, 18. Juni...

o. Oppenau, 20. Juni. Dem Säger Joser, der auf der...

o. Oberkirch, 20. Juni. Die Ferien beginnen am hiesigen...

o. Heilberg, 22. Juni. Ein Jreuniger verübte heute...

o. Heilberg, 22. Juni. Bei einem Streit in Handschuhs...

o. Mannheim, 22. Juni. Am Samstag suchte sich die 18...

o. Windischlag, 21. Juni. Heute früh halb 6 Uhr brannte...

o. Badisch-Heinsfelden, 21. Juni. Gestern vormittag hat...

Neue Unwetter im Schwarzwald.

In den letzten Tagen der vergangenen Woche wurde der...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 23. Juni.

Eine kräftige Ohrfeige für die Karlsruher Stadtverwaltung

bedeutet das Verhalten der Stadtverwaltung von Ettlingen...

Es bedarf sicher keiner weiteren Diskussion darüber...

Genosse Reichstagsabgeordneter Scheidemann

wird am Donnerstag, 2. Juli, in unserer Stadt sprechen...

Bei sämtlichen Gewerkschaften, in der Expedition des...

Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen regen...

Partei-Versammlung.

Nächsten Donnerstag, abends halb 9 Uhr, findet im...

Weststadt.

Morgen, Mittwoch abend, findet im Nebenzimmer des...

Das Bezirkskomitee.

Vom Kinderfest des Sängerbund „Vorwärts“. Eine...

neben weiß gekleideten Mädchen mit Kranzbögen ein...

Für schon geschmückte Kinder- und Sportwagen...

* Müppurr. Sozialdemokratischer Verein. In der heute...

Das Sommernachtsfest der freien Gewerkschaften, das...

Von einer ungeheuren Menschenmenge belagert aber...

* Badische. Mit Wirkung vom Montag den 22. Juni ab...

Jahresfeier im Stadtpark. Nach alter Sitte feiert die...

der Bootslände aufgestellte Scheinwerfer, der beim Künstlerfest ganz reizvolle Lichteffekte hervorgebracht hat, wird das Bild zauberhaft beleuchtet. Eine Glanznummer der Feier wird das Brillantfeuerwerk darstellen. Die Stadtgartenkommission hat große Kosten aufgewendet, um alle Künste der Fiskalischen Hofoperwerkstatt in Clebronn spielen zu lassen. Am Schluß des Feuerwerks wird der übliche Holstich am Süden des Sees entzündet werden. Auf die daran anschließende bengalische Beleuchtung der Gartenanlagen folgt eine solenne Lampion-Polonaise, die von einer Abteilung der Leibdragoonerkapelle mit klingendem Spiele um den See herumgeführt wird. Der Weg zwischen dem See und dem Blumenbeet vor dem Südpfort wird bis zur Polonaise abgesperrt, damit die Besucher des Abends, die in dem Wirtschaftssaal vor der Gasthalle und der Festhalle Platz nehmen, einen freien Blick auf den See genießen und Stühle und Tische nicht als Aussichtshindernisse während der Aufstellungen auf dem See benützen, was übrigens auch ohnedem nicht geschehen sollte. Die Eintrittspreise sind die gewöhnlichen. Außer dem neuen Stadtgarteneingang (auf der Westseite der Festhalle) ist auch ein Eingang auf Ostseite der Festhalle (zwischen der Hausmeisterwohnung und dem Bierordibad) geöffnet. Ein Korridorverlauf ist beim Schalterhaus auf der Westseite eingerichtet. Bei schlechtem Wetter werden die musikalischen und gesanglichen Aufführungen im kleinen Festhallsaal abgehalten, das Feuerwerk wird aber gleichwohl auf dem See abgebrannt werden.

*** Fusion in der Brauindustrie.** Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Kuchbefe-Fabrikation vormals G. Sinner, Karlsruhe-Grünwald hat den Betrieb und den Absatz der alten Karlsruher Brauerei Wilhelm Fels (nicht zu verwechseln mit dem größeren Betrieb Heinrich Fels) übernommen. Die der Brauerei Fels gehörigen Wirtschaften sind auf mehrere Jahre von der Brauerei Sinner gemietet worden. — Die bisherigen technischen und kaufmännischen Leiter der Brauerei Fels treten mit dem gesamten Personal zur Gesellschaft vormals G. Sinner über.

*** Scheue Pferde.** Gestern vormittag wollte ein Gefreiter des Telegraphenbataillons hier mit einem dem Bataillon gehörigen zweispännigen Fuhrwerk vom Provinzamt in der Grenzstraße wegfahren. Plötzlich scheuten die Pferde, gingen durch und überannten das vor dem Hause Grenzstr. 2 stehende Fuhrwerk eines hiesigen Obsthändlers. Dessen Pferd wurde zu Boden geworfen und schwer verletzt. Auch wurde der Obstwagen umgeworfen und beschädigt. Durch den Vorfall entstand eine größere Menschenansammlung.

Interims-Sommertheater.

Vorausichtlich zum letzten Mal in diesem Sommer zog die Operette im großen Saal der städtischen Festhalle ein, um dann von 1915 an (wenn alles klappt), ihr sommerliches Asyl ständig im neubauten Konzert- und Theaterbau der Stadt Karlsruhe zu nehmen. Der rührigen Direktion Fr. Grünwald wurde auch für diese Sommerpietät der Saal überlassen und nach dem bisher Gesehenen glauben wir voraussetzen zu dürfen, daß auch in dieser Saison die Direktion alles aufbietet, um ihr Publikum zu befriedigen. Wir können das allerdings nur „mit Vorbehalt“ vorerst feststellen, denn über ein fremd zusammengestelltes Ensemble kann man nach der ersten Vorstellung nicht schon ein endgültiges Urteil fällen. Wir wollen abwarten, wie sich die Operettentänze, besonders einige von ihnen, in den gegebenen Rahmen hineinpassen werden und dann erst den für hier erforderlichen Maßstab an ihre Leistungen legen.

Zur Eröffnungsvorstellung am Samstag kamen die hiesigen Operettenfreunde schon in recht anschaulicher Zahl; galt es doch gleich zu Anfang eine Novität (wenigstens für Karlsruhe) an sich „heranzunehmen“ zu lassen. „Der lachende Ehemann“ nennt sich dieses junge dreiflächtige Operettenerzeugnis. Edmund Eysler (bekannt durch seine „Schönheitskiste“) ist der musikalische Schöpfer und das Textbuch samt den bezuggehörigen Reaktionen wurde von Jul. Grammer und Alf. Grünwald gemeinsam zusammengetragen. Inhaltlich ähnelt das Libretto seinen kammerberwandten anderen Oper-

retten. Es weist dieselben guten Eigenschaften und die nämlichen Mängel auf und ist wie jeder gangbare Schläger reichlich mit Sentimentalität durchsetzt. Wenn wir die Tatsache feststellen, daß das Publikum die Novität freundlich aufnahm, etliche Nummern sogar das-capo verlangte, so können wir von einer detaillierten Inhaltsangabe absehen, denn so leicht läßt sich das bei den „modernen“ Operetten auch nicht bemerkenswerten und herauszufinden. Die Musik Eyslers ist eine allgemein gefällige. Ohne einen besonderen Einschlag von reizvoller Originalität, wirkt sie dennoch angenehm und weiß zu unterhalten. Einige Nummern sogar verschlehen ihre Wirkung auf ganz besattelte Seelen nicht. Am Dirigentenpult waltete Karl Weidhoff seines verantwortungsvollen Amtes. Wenn auch noch nicht alles so klappte, wie es eigentlich hätte sein sollen, so hoffen wir doch, daß durch das sorgfältige Zusammenstellen der orchestralen Part bald einwandfrei erklingen möge. Die szenische Leistung lag bei Ferdinand Robert. In der Gesamtheit verdient sein Schaffen Lob. Flotteres Tempo, weniger Abhängigkeit vom Souffleur und lebenswildernde Bühnenbilder muß er als Grundbedingung für Karlsruhe voraussetzen. Ueber die szenischen Leistungen wollen wir nach der Bedeutung ihrer Aufgabenerst von Fall zu Fall eingehend berichten; doch soviel kann jetzt schon gesagt werden, daß wir in Karl Weidhoff aus Wien einen ausgezeichneten Operettendirektor besitzen, der, neben einer durchaus sympathischen Stimme, auch das gewandte, sichere und elegante Spiel eines ausgeprochenen Komödianten besitzt. Er spielte den „lachenden Ehemann“ und hatte in Ilse Pagenstecher (vom vorigen Jahre noch bestens bekannt) als „Sella“ eine vorzügliche Partnerin. Ferner läßt sich von Max Lindbrunner als „Ripshuber“ jetzt schon voraussagen, daß er uns mit einer gesunden Komik noch manche feilere Stunde bereiten wird. Mit der „Etska“ lernten wir Dollh Eichelberg als die diesjährige Sourette kennen. Ueber sie, wie über Fritz Becker, dem die Tenorpartien zufallen, wollen wir nach jein abschließendes Urteil fällen. Max Schwarz als „Nachigall“ scheint ein sehr flotter Tang-Tenor zu sein; wenigstens war sein erster Eindruck ein günstiger. W. Sch.

*** Sommertheater.** Heute Dienstag, 23. Juni, findet das 2. Gastspiel des Herrn Karl Weidhoff mit Theater an der Wien als „Dittlar Brudner“ in der Operette „Der lachende Ehemann“ statt.

Neues vom Tage.

Freispruch im Elberfelder Mordprozeß.
Elberfeld, 22. Juni. In dem Mordprozeß gegen Brunhilde Wilden und Dr. Kosen wurde in den Morgenstunden des Sonntag das Urteil gefällt. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldsfragen und sprachen beide Angeklagten frei.

Säckelstiftung.
München, 21. Juni. Der Deutsche Monistenbund hat aus seinem „Säckelstift“ für „Monismus“ der Universität Jena für das zur Bibliothek gehörige Heftische Archiv den Betrag von 3000 M. als Spende überwiefen.

Bekanntes Todesurteil.
Leipzig, 22. Juni. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Eisenhändlers Gustav Wurff, den das Schwurgericht in Heilbronn am 2. Mai wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt hatte.

Zur Gruftkatastrophe in Canada.
London, 22. Juni. Die „Times“ melden aus Toronto: Ueber 100 Leichen der Bergarbeiter der Hillcrest-Mines sind geborgen worden. Die Rettungsarbeiten sind wegen des Feuers in der Grube schwierig und gefährlich. Man nimmt an, daß kein Bergmann, der sich nicht innerhalb 5 Minuten nach den Explosionen retten konnte, mit dem Leben davongekommen ist.

Zur Lage in Albanien.
Durazzo, 22. Juni. Nach einer dem holländischen Kommando überbrachten Meldung befanden sich vorge-

stern abend von den aus Süden vorrückenden Truppenabteilungen insgesamt tausend Mann bei Karabunar und Lufsch in heftigem Kampfe mit etwa 600 Aufständischen, die die dortigen Höhen besetzt hielten. Der rechte Flügel der Regierungstruppen stand unter der Führung des Majors Vesim Ven und des holländischen Offiziers Jonah, das Zentrum unter Murredim Ven, Flora und Hirschmid Toskas, der linke Flügel unter Bektasch Bey. Die Regierungstruppen wurden zurückgeworfen und nach Fiert in das Samen-Tal zurückgedrängt, wo sie gegenwärtig lagern.

Salona, 22. Juni. Meldung der Agenzia Stefani. Gestern wurde bei dem Dorfe Carbonara in der Umgebung von Prishtina bis zur Abenddämmerung gekämpft. Man glaubt, daß der Kampf heute wieder aufgenommen werden wird. Elbasan ist von den Aufständischen eingeschlossen. Bei Kepelen, in der Nähe der griechischen Grenze, wechselten Epiroten und Albanen Gewehrschüsse.

Durazzo, 22. Juni. Es bestätigt sich, daß die albanische Regierung den Aufständischen einen dreitägigen Waffenstillstand bewilligt hat, um ihren Führern Gelegenheit zur Besprechung der Lage zu geben.

Letzte Nachrichten.

Die Stadtverordnetenwahlen in Pforzheim.
Pforzheim, 22. Juni. Auch bei der heutigen Wahl der ersten Klasse erzielte unsere Partei einen Stimmengewinn. Unsere Liste erhielt 69 Stimmen, das sind 15 Stimmen mehr wie vor 3 Jahren. Die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien erhielt 1274 Stimmen, die Liste der freien Bürgervereinigungen 295 Stimmen, auf letztere Liste entfielen 13 Kandidaten, auf letztere 3, unsere Liste ging leer aus.

Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.
Darmstadt, 22. Juni. Gestern hat hier der dritte Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei begonnen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, die Fortschrittliche Volkspartei tritt für die politische und kulturelle Vorwärtsentwicklung des Landes und gegen alle diejenigen ein, die diese Fortentwicklung hindern wollen.

Finanzreform in Frankreich.
Paris, 22. Juni. Die Senatskommission zur Beratung der Einkommensteuer hat heute mit 10 gegen 2 Stimmen die Einführung dieser Steuer in das Finanzgesetz von 1914 angenommen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden. Den berechtigten Bezirksvereinen die Mitteilung, daß von heute ab die fällige Sängerversammlung im Lokal „Auerhahn“, Schützenstr. 58, zum Abholen bereit liegt. 1751
Karlsruhe. (Arbeiter-Madsfahrerbund „Solidarität“.) Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß von morgen, Mittwoch den 4. d. M., an wieder jeden Mittwoch unsere Abendausfahrten stattfinden. Morgen Abfahrt halb 9 Uhr pünktlich vom Kriegedenkmal. 1818

Wasserstand des Rheins.

23. Juni.
Schutterinsel 3.18 m, gefl. 1 cm, Rehl 3.81 m, gefl. 4 cm, Rarau 5.71 m, gefl. 10 cm, Raunheim 5.53 m, gefl. 7 cm.

Nur Residenz-Theater
Waldstrasse 30
von 8 bis 9 Uhr
sowie 1818
Schillerstrasse 22
von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr
am Mittwoch, den 24. und Donnerstag, den 25. Juni 1914:
Natur und Kunst in der Farbenphotographie!
Die prächtigsten Punkte der Landschaft
Davos
und des schweizerischen Kantons
Graubünden
m. erläuternden Worten von E. Meerkämper, Davos-Platz.
Wunderbar farbonrichtige Landschaftsbilder.
Serie I:
Ca. 50 Autochroms.

Stadtgarten.
Dienstag, den 23. Juni ds. Js., abends 8—11 1/2 Uhr
Johannis-Feier.
Konzert
der Kapelle des 1. Bad. Leibdragoon-Regiments Nr. 20
Leitung: Herr Obermusikmeister F. Köhn.
Serenade auf dem Stadtgartensee
unter gefl. Mitwirkung der 1. Karlsruher Mandolinen-Gesellschaft und eines dreifachen Quartetts des Männergesangsvereins Concordia.
Brillant-Feuerwerk (30 Nummern)
ausgeführt von dem königl. Hoffeuerwerkstechniker Herrn Fischer aus Clebronn. Am Schluß desselben
Johannis-Feier auf dem See.
Anschließend:
Campions-Polonaise.
Eintritt: Inhaber von Jahreskarten und von Kartenfesten 80 „
Sonstige Personen 60 „
Soldaten und Kinder je die Hälfte.
Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung.
Musikprogramm 10 Pf.
Lampions für die Polonaise zu 25 Pf., das Stück beim Boots- häuschen.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Eintrittskarten sind am 23. Juni vormittags von 9 Uhr an im Vorverkauf an der Kasse am Stadtgarteneingang auf der Westseite der Festhalle zu haben. Von abends 6 Uhr an ist auch eine Kasse beim Stadtgarteneingang auf der Ostseite der Festhalle geöffnet. Das Belegen von Tischen und Stühlen ist nur mit Zustimmung der Stadtgarten-Kommission (Mandhaus, Zimmer Nr. 41) gestattet. Belegte Tische müssen schon um halb 8 Uhr besetzt sein, andernfalls sie freigegeben werden.
Bei schlechtem Wetter wird das Konzert mit den Vorträgen der Mandolinnengesellschaft und der Concordia im kleinen Festhallsaal abgehalten, das Feuerwerk aber gleichwohl auf dem See abgebrannt werden. 1779
Getrag. Schuhe u. Kleider u. neue 3. Etod. ist auf sogleich ein schönes Zimmer, möbl., Nähe des Hauptbahnhofs auf sogleich zu vermieten. 1790
E. Bermann 1173
Marktgrabenstr. 4
Werderplatz 31, 2. Etod. Vorderhaus, ist ein möbl. Zimmer sof. zu vermiet. 1807
Beierthelm, Cäcilienstr. 4. 3. Etod. ist auf sogleich ein schönes Zimmer, möbl., Nähe des Hauptbahnhofs auf sogleich zu vermieten. 1790
Eisdrauk, gut erhalten, billig zu verk. Karl-Wilhelmstr. 35, Baden.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe 1805
Jägerstraße 100. — Telefon 629.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt für
Hier: Auswärts:
Zimmergeziere 3 —
Sattler und Tapeziere 1 junger 2 junge
Wegger — 10 junge
Pigarrenmacher — 2
Schneider auf Uniform Großst. — 1
" " Konfektion — 2
" " Kleinstück — 2
Schuhmacher 2 junge 10 junge
Friseur — 10 junge
Zimmerer 10 —
Maler — 3 junge
Maschinenarbeiter (Holz) 1 —
Wagner 1 3
Eisenarbeiter, selbständige 1 1
Bauhilfsarbeiter, selbständige 1 —
Kupferknecht — 1
Korbmacher 1 —
Wirtshausknecht — 2
Holzschlauer — 1
Steinhauer und Steinbrecher — 6
Maurer und Gießer — 15 u. 6
Maler und Lackierer 4 6
Schleiferbeder — 6
Flastersteinrichter 1 1
Mägenmacher Militär u. Studenten — 1

Bekanntmachung.
Mit der Auswechslung der Gleise in der Schillerstraße zwischen Kaiser-Allee und Goethestraße wird am Dienstag den 23. d. M. begonnen. Während der Dauer der Arbeiten muß an der Baustelle umgehoben werden. 1815
Karlsruhe, den 22. Juni 1914.
Städtisches Straßenbahnamt.

Prinz-Bier Karlsruhe
1558

Gebrüder Scharff
Wir empfehlen:
Kartoffeln
Malta per Pfd. 13 „
Italiener „ 11 „
Zwiebeln
schöne Ware
per Pfund 17 u. 20 „
Eier
frisch und gross
per Stück 7 und 7 1/2 „
Salatöl
Ia Qual. per Ltr. 92 „
extra „ 120 „
Essig
einfach stark p. Ltr. 7 „
Einmachessig „ 15 „
Weinessig „ 25 „
Ansetzbranntwein
Ia Qual. pr. Ltr. 78 „
Himbeersaft
vorzügl. Qual. p. 4 50 „
1808

Residenz-Theater

Waldstraße 30 sowie Schillerstraße 22 ehemals Metropol. Programm Mittwoch 24., Donnerstag 25. und Freitag 26. Juni 1914:

Das Geheimnis von Château-Richmond Detektivdrama in 4 Akten. In der Hauptrolle: Nobody, der weibliche Detektiv.

Marsica im Winter

(Cines G. Berlin). 1. Der Fucino; der See wurde durch den Prinzen Torinia trocken gelegt. 2. Der Abteilungskanal des Fucinos. Die Brücke. Die Statue der Gelübde. Der Kanal. 3. Scuola Marsicana. Das Schloss der Arezzano. 4. Das Schloss der Herzöge von Taglicozzo (XV. Jahrhundert). 5. Markttag. 6. Der Velino (2457 m hoch). 7. Die Quelle des Imele-Flusses. 8. Der Lauf des Imele. 9. Die Kirche.

Revue der neuesten Weltereignisse

Kinematographische Berichterstattung durch Gaumont in Berlin-Paris-London-New-York.

Ein Überraschender Umzug

Ulk. Ein kleiner Held Komödie (Thomas A. Edison).

Die letzten Tage von Byzanz

(Gaumont) in 3 Akten. Sensationell!

Wiederum ein von der Presse als ganz ausgezeichnete Leistung befunden. Premiere-Aufführung aus der Pathé & Co. Berlin Serie: 1892

Die Frau aus dem Volke!

nach dem Drama von Damery und Maillan.

Musikfolge:

Fantasie a. d. Oper Undine von Lorzing. Andante a. d. fünften Symphonie von Beethoven. Fantasie a. d. Oper Das Glöckchen des Eremiten v. Maillan.

Divan wegen Platzmangel zu verkaufen. 1708 Rippurrerstr. 23, 3. Et., r.

Pfannkuch & Co

heute eingetroffen Frische Kirschen

Pfd. 20 Pfg. von an

Frische Erdbeeren

Pfd. 35 Pfg. von an

Bananen

Pfd. 30 Pfg. 1819

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. In den bekanntesten Verkaufsstellen

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf Montag, den 29. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, in den großen Rathssaal ergebenst einzuladen.

- Tagesordnung: 1. Ankauf und Umbau der Karlsruher Lokalbahn (Vorlage 50). 2. Ausbau des Straßenbahnnetzes (Vorlage 54). 3. Verlegung der Albtalbahn (Vorlage 53). 4. Pflasterung mehrerer Straßen (Vorlage 43). 5. Pflasterung der Karl-Wilhelm-Straße (Vorlage 58). 6. Herstellung der Gartenstraße zwischen Kriegs- und Debrientstraße (Vorlage 60). 7. Vergleich mit der Gemeinde Knielingen über Entschädigung für Gemarkungsabtretung (Vorlage 52). 8. Herstellung der Straße „Am Festplatz“ und der Mathy-Straße zwischen Ritter- und Karl-Straße (Vorlage 55). 9. Herstellung von Straßen im Weiheröder-Gebiet (Vorlage 46). 10. Ankauf des Anwesens Hardtstraße Nr. 7 (Vorlage 47). 11. Verkauf der Grundstücke L.-B. Nr. 4769a und 5136b, Ecke Hardt- und Kanonierstraße, an den Reichs-(Militär)-Fiskus (Vorlage 48). 12. Herstellung der Leichenstraße zwischen der Rheinstraße und der Nordgrenze des Grundstücks L.-B. Nr. 5061d (Vorlage 57). 13. Erbauung einer Turnhalle und eines Tischgeräteschuppens im Stadtteil Rintheim (Vorlage 51). 14. Errichtung einer Milchkentrale (Vorlage 49). 15. Ankauf von Grundstücken im Gewann Oberfeld (Vorlage 56). 16. Erweiterung der Betriebseinrichtungen des Rheinbafens (Vorlage 59).

Karlsruhe, den 22. Juni 1914. Der Oberbürgermeister. 1816 Siegrift. Lacher.

J. Blums Zug- u. Stovorrückung mit 2 Stangen für Vorhänge und 3 Stangen für Stör- und Vorhänge fertig zum Gebrauch. Polierte Holzgalerien in allen Längen. 105 Solide und dauerhafte Ware. Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. Preisliste gratis. Nur bei J. Blum, Schützenstr. 49. Telef. 3097

Nur bei Trefzger! Sagen Sie, wenn Sie unsere Kataloge und Preise geprüft haben, Alle Brautpaare werden im eigenen Interesse hoff. gebeten, Offerte zu verlangen von der Süddeutschen Möbel-Industrie Gehr. Trefzger, Rastatt Personal 500 Personal 500 Qualitäts-Möbel direkt an Private Die Gewinne des Zwischenhandels werden erspart Verkaufsstellen: Karlsruhe - Konstanz - Mannheim - Freiburg - Pforzheim - Rastatt. Verkaufsstelle Karlsruhe: Eröffnung Anfang Juni.

Ein anstelliger und aufgeweckter junger Mann mit guter Schulbildung kann als Lehrling auf hiesigem größerem Anwaltsbüro sofort oder später eintreten. Offerten unter Nr. 1810 an die Expedition. Engl. Bett mit Matratze u. Polster 50 M., halbfrauz. Bett mit Federb. 25 M., Kommode, Truemeau, Kleiderschrank à 15 M., pol. Schrank 25 M., 1821 Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof. Aquarium, Gr. 50x32x30 cm m. Fisch billig zu verl. Augartenstr. 60, 11.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Eheaufgebote vom 15. Juni: Hans Moser von Neustadt i. Schw., Ingenieur in Mannheim, mit Martha Pfetsch von hier. - Wilhelm Pfeiffer von Aue, Schreiner hier, mit Elisabeth Reiser von hier. - Heinrich Voder von Dörzbach, Bäcker hier, mit Anna Steinbrenner von Auerbach. - Otto Quischo von Mosen, Bäcker hier, mit Marie Zimmermann von Wagenschwand. - Georg Bächle von Fischerbach, prakt. Arzt in Rippoldsau, mit Elsa Köhler von hier. - Lorenz Delheim von Rosenbergl, Lokomotivführer hier, mit Karoline Köhler von Schwäbbrunn. Eheschließungen vom 16. Juni: Heinrich Bartlott von Sulzfeld, Bäcker hier, mit Lina Schmitt von Gondelsheim. - Eugen Meibel von Barmen, Kaufmann in Saarbrücken, mit Hedwig Ettlinger von hier. Geburten vom 11.-16. Juni: Maria Paulina Josefine, Vater Kasimir Hartmann, Bäckermeister. - Werner Georg Kurt, Vater Heinrich Kruse, Wächtermeister. - Alfred, Vater Karl Säger, Blechner. - Hildegard Gertrud, Vater Karl Hämmeler, Schreiner. Todesfälle vom 13.-15. Juni: Gottlieb Maier, Privat, Witwer, alt 78 Jahre. - Susanna Mörch, alt 87 Jahre, Witwe von Georg Mörch, Schmied. - Leopold Schäffer, Hofjäger, Ehemann, alt 75 Jahre. - Karl Weiß, Zimmermann, Ehemann, alt 40 Jahre. - Joseph Bismann, Autonomator, Ehemann, alt 70 Jahre. - Josef Reichle, Bahnarbeiter, Ehemann, alt 52 Jahre. - Otto, alt 2 Jahre, Vater Max Schragle, Stadttagelöhner. - Maria Ropy, alt 52 Jahre, Diakonissin, ledig. - Gertrud, alt 6 Monate 24 Tage, Vater Karl Seifermann, Delachoux.

Sommertheater.

Dienstag, 23. Juni 1914 abends 8 1/2 Uhr

2. Gastspiel des Herrn Karl Bröckel vom Theater a. d. Wien.

Der lahende Ehemann Operette in 3 Akten von 1806 Ed. Choler.

Tüchtige Preßluftnieter und Kesselschmiede

für dauernde Arbeit sofort gesucht. 1811 Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.

Städt. Arbeitsamt

Gesucht

für sofort und 1. Juli: Herrschaftsdienstmädchen für hier und auswärts, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, 1678 Zimmermädchen.

Städtisches Arbeitsamt

(weibl. Arbeitsnachweis) Jähringerstr. 100. Tel. 949.

Wegen vorgerückter Saison werden sämtliche Restbestände in besseren Herren-Kleiderstoffen

1545 enorm billig abgegeben. Sehr lohnend f. Wiederverkäufer. Kaiserstraße 133, 1 Treppe Ecke Kaiser- und Kreuzstraße.

Wegen Umzug sehr billig zu verk.

Besserer Chiffonier, Vertiko mit Spiegel, kleine japan. Wand-, schöne Waschgarnitur 1.50, gutes Kinderfederkissen 1 M., schwarzes mod. Jadenstoffkiss, Gr. 44, zu 8 M., schöne goldene Perleohrringe 4 M., neue gute Korsetten, hoch und niedrig, mit Spiraleinlagen von 2 M. an, angelegte Sachen weit unter Preis, auch weiße Korsetten, schwarzer Damenhut m. Straußfeder zu 3 M. 1817

17 Adlerstraße 17.

Emailherde

erfolgreiches Fabrikat, in großer Auswahl, billig zu verkaufen. Nehme gebrauchte Herde in Zahlung. 1667

Herdlager W. Kronenwett

53 Schützenstraße 53. Kein Laden, daher billige Preise.

Verkaufe und Käufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, geb. Uhren, Taschen, Gold und Silber, Brillanten, Rahmgebisse, Pfandkassens, Möbel, Kleideroffer. - Ertes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy Waverstraße 22. Tel. 2015

Volks-Schuhreparatur

36 Waldhornstraße 36 Ecke Markgrafenstraße früher Jähringerstraße 19, liefert sämtliche Arbeiten in bester Qualität.

Herren-Sohlen und Abfüge

Mark 3.00 Damen-Sohlen und Abfüge Mark 2.10. Auf jede Reparatur kann gewartet werden. 741

Offeniere edite 1914er

ital. Nähner. Beste Gerieger der Welt. Verlangen Sie Katalog umsonst! D. Vöbger, Gaiusstr. 77, Baden. 742

Karlsruher Familien-Krankenkasse

(unter staatl. Aufsicht) gewährt Arzt, Apotheke usw. freie Arztwahl. 811 Prospekt sind erhältlich in den Filialen: Oststadt: Odenstr. 611 r. Mittelstadt: Jähringerstr. 821 Weststadt: Grenzstraße 341 Südstadt: Morgenstraße 611

Versteigerung.

Heute nachmittags 1/4 Uhr werden in der Geyersguthalle Karlsruhe, Hauptbahnhof, 18 Bentner Stausenberger Erdbeeren (in einzelnen Körben) öffentlich versteigert. Körbe werden aber nicht abgegeben. Stationsamt.

Kirichen.

Morgen trifft wiederum ein großes Quantum auf dem Werdermarkt bei der Wirtschaft zur Badstadt ein und wird dort billigst ausverkauft bei 1820 Frau W. Scholl.

Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen, in Schuhe, Heberzicker v. 4 M. an, Mäntel u. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkaufsgeschäft von Arnold Schap, Jähringerstraße Nr. 38.

Gehrock-Anzug

noch neu, mittlere Größe, zu verkaufen. Werderstr. 63, 2. Et., rechts.

Luhn's Wasch-Extrakt

mit Feinseife Salm-Ferri-Kem Luhnit-Extrakt Abrador-Dimstein Seife 10 Pf. Luhn's Seifen-Fabrikanten-Bremen

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20,

neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in 1 Taschen-u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. 12-27, Brillen u. Zwicker.

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Puppenverleiden usw. billigt an. Defekte Haarbeiten repariere billig.

Karl Misch, Friseur

Aue bei Durlach. Habe eine Partie neue und gebrauchte schöne Stühle abzugeben, zu erfragen „Gasthaus zur Kanne“, Grödingen. 1787

Umzüge mit neuen Möbeln

wagen und Rollen (bei Regen gebaute Rollen) besorgt billig 6610 Karl Muffinger, Leisingstr. 3a. Telefon 3565.

„Palast-Lichtspiele“

Herrenstrasse Nr. 11

Schönstes, modernst. Lichtspieltheater am Platze. Luftig, 10 Meter hoher Theater-Saal.

Neuer Spielplan

von Mittwoch, den 24. bis einschl. Freitag, den 26. Juni ds. Js.

I. Teil.

Die verirrte Kugel. Tolle Humoreske.

Palast-Theater Revue.

Neueste Begebenheiten aus aller Welt.

Aus der Tierwelt Amerikas.

Natur-Aufnahme.

II. Teil.

Indianer und Wisky.

Kleines, spannendes Wild-West-Drama. Interessante Indianer-Kämpfe.

III. Teil.

Dereingesperrte Bräutigam.

Eine Hochzeit m. Hindernissen. Urkom.

Pferde-Zucht in der Normandie.

Interess. Tierstudie.

IV., V. u. VI. Teil.

Späte Sühne.

Grosses Drama aus der Gesellschaft in 3 Abteilungen. Bruck, Bankbeamter Reiner, Bankbeamter (beide im gleichem Büro beschäftigt).

Kurt, Sohn von Bruck. Marie, Tochter von Reiner.

VII. Teil.

An der Küste v. Wales bei Sturm.

Wunderbares Naturbild. John als Fremdenführer. Posse v. Heller. Mit schönen Ansichten von Marseille.

Zur gefl. Bedienung bitte hier auszuscheiden.

Vorzugs-Karte.

Inhaber dieser Karte erhält gegen Nachzahlung von: 25 S. ein II. Platz; 40 S. ein I. Platz; 60 S. ein Balkon; 80 S. ein Sperrplatz; 1 M. 1. - ein Balkon-Loge; 1.50 ein Fremdenloge-Billet an der Kasse der Palast-Lichtspiele. Zum gefl. Besuche ladet ergebenst ein Die Direktion.

Zu gefl. Besuch ladet ergebenst ein 1809

Die Direktion:

Fr. Schulten.



Der Yankee, der sehr praktisch ist, als Schuhputz nie Erdal vergißt

Der Einsender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 25 ABC-Künstlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften. (Wurde über vergessene und besprochene Bücher und Zeitschriften können von der Expeditionsleitung besorgt werden.)

Die Nummer nur als Offiziersbeleg angeheftet werden. Sündenbögen unter 10 Jahren, die die Schule verlassen haben, dürfen höchstens 10 Stunden am Tage beschäftigt werden. Ein Schüler, der eine Schulstunde verpasst, darf nicht mehr als 10 Stunden am Tage beschäftigt werden.